Nr. 163. 14. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 16. Juli 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Verstaatlichung der Reichsbank.

Einer unserer volkswirthschaftlichen Mitarbeiter schreibt uns: Zu den kleinen Mitteln der Agrarier gehört auch die Forderung der Verstaatlichung der Reichsbank, die gerade jetzt wieder auf die Tagesordnung gestellt wird, weil der Zeitpunkt heranrückt, an dem das Reich den Vertrag mit der Reichsbank kündigen kann. Schon vor 1890 suchten die Konservativen die Reichsregierung zu bestimmen, die Reichsbank für den Staat zu erwerben, aber damals wurde von einer stattlichen Majorität das Privileg der Bank verlängert. Nur die Konservativen und die sozialdemokratische Fraktion waren für den Verstaatlichungsantrag.

Wenn der Reichstag nun abermals vor die Frage gestellt wird, ob er von seinem Kündigungsrecht der Reichsbank gegenüber Gebrauch machen soll, so werden zwar auch diesmal Konservative und Sozialdemokraten im Prinzip der Verstaatlichung das Wort reden. Aber für die Sozialdemokratie dürften angesichts der gegenwärtigen politischen Situation einige Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken, die eine direkte Unterstützung der konservativen Forderung nicht angezeigt erscheinen ließen.*)

Denn die Verstaatlichung, die die Agrarier wollen, gleicht aufs Haar der Verstaatlichungspolitik, wie sie dem Antrag Kanitz zu grunde lag, und bezweckt nichts anderes als eine direkte Unterstützung der nothleidenden Landwirthe auf Kosten des Kredites des Deutschen Reiches.

Nicht umsonst erheben die Junker den Abgeordneten Gamp auf ihren Schild und sehen ihn den Reichsbank-Präsidenten Dr. Koch ablösen. Er war es, der sich Ende der achtziger Jahre mit der Reichsbank-Reform eingehend beschäftigte und die agrarischen Forderungen an die Reichsbank in dankenswerther Weise wenigstens ohne falsche Scham offen in seinen literarischen Arbeiten niederlegte.

Die Agrarier selbst geben ja offen nicht zu, daß ihre Verstaatlichungspolitik nur der offizielle Ausdruck ihrer Geldsackspolitik ist. Sie suchen vielmehr die Verstaatlichung der Reichsbank mit Gründen zu motiviren, nach denen die liebe Welt annehmen könnte, die Agrarier seien um die Groschen der deutschen Steuerzahler ängstlich besorgt. Die agrarische Presse rechnet uns vor, daß das Reich jährlich an vier Millionen Mark Einnahmen hätte, die heute noch in die Taschen der Privatkapitalisten fließen, die Antheile des 120 Millionen Mark betragenden Reichsbank-Kapitals ihr eigen nennen. Hier in diesem Punkte sind die nothleidenden Ostelbier wegen ein paar Millionen äußerst auf die Interessen des Steuerzahlers bedacht, aber, wenn es sich um Liebesgaben, Zuckerprämien 2c. handelt, dann wird der nämliche Steuerzahler erbarmungslos geschröpft, da werden die Millionen gleich Dutzendweise unter die geflickten Dächer der Agrarier dirigirt.

Schon aus diesem Grunde kann man die Motivirung einer Verstaatlichung der Reichsbank nicht ernst nehmen. Was wollen denn eigentlich die Agrarier nun mit ihrem Plane, was behagt ihnen denn an der heute doch schon staatlich geleiteten Reichsbank nicht?

Den bankrotten Junkern geht, wie man weiß, jeglicher anständige Kredit aus, und es ist ihnen nur noch zu helfen, wenn der Staat diesen Pfeilern der Monarchie mit finanziellen Mitteln unter die Arme greift. Was bis jetzt auch, seit der großen Steuerentlastung durch Miquel, alles geschehen ist, das war nur ein Tropfen auf den heißen Stein; die Landwirthe stellten fortgesetzt höhere Forderungen und möchten am liebsten zu ihren Gunsten die ganze Landwirthschaft „verstaatlichen". Da das aber bis heute nicht durchzuführen ist, so konzentriren sie jetzt ihre Propaganda auf eine Reihe kleinerer Mittel, und da steht die Verstaatlichung der Reichsbank obenan.

Die Reichsbank soll ihnen neuen Kredit schenken, nachdem alle anderen Kreditinstitute versagen. Die Agrarier werfen der Reichsbank vor, sie bevorzuge bei ihrer Kreditgewährung vorzugsweise industrielle und kommerzielle Kreise, während die Landwirthschaft von dem Nutzen des ersten Geldinstituts Deutschlands nichts zu verspüren bekäme. An diesem Vorwurfe ist soviel richtig, daß die Reichsbank in der That in erster Linie mit kommerziellen Kreisen geschäftlich verkehrt, aber nicht aus irgendwelcher Antipathie gegen die Landwirthschaft, sondern aus innerer Nothwendigkeit. Die deutsche Reichsbank als Notenbank ist darauf angewiesen, für die Noten, deren Deckung nicht an baarem Metallgelde vorhanden ist, in streng sicheren, leicht realisirbaren und ganz liquiden Werthpapieren Deckung zu suchen, soll nicht der Kredit vor der Leistungsfähigkeit der Reichsbank selbst bei der geringsten Störung des Geldverkehrs in die Brüche gehen. Die Landwirthschaft, wie sie nun einmal in Deutschland ist, kann aber solche Deckungen nun einmal nicht bieten und darum kann sie eben auch kein bevorzugter Geschäftskunde der Reichsbank sein. Herr Gamp freilich ist durchaus entgegengesetzter Meinung. Um der Landwirthschaft in allgemeiner und umfassender Weise ergiebigste Kreditgewährung durch die Reichsbank zu verschaffen, schlägt er eine Diskontirung von Wechseln mit nur einer Unterschrift und sechs bis zwölf Monaten Verfallzeit war. Diese Forderung würde eine wesentliche Veränderung der jetzigen Geschäftsführung der Reichsbank bedeuten, indem heute die Verfallzeit der Wechsel im Durchschnitt kaum über einen Monat beträgt und statt einer Unterschrift der Sicherheit halber drei gefordert werden.

Nun denke man sich die Forderung der Agrarier durchgeführt: eine Ueberschwemmung der Reichsbank mit den weitsichtigsten und faulsten Wechseln wäre die Folge einer solchen Verstaatlichung. Irgend eine Störung von Belang im Geldverkehr, an die eine starke Inanspruchnahme des Geldbestandes der Reichsbank sich knüpfte, würde hinreichen, um die Schattenseiten solcher Werthpapiere, wie sie die Agrarier gegen Kredit der Reichskasse als Deckung übergeben möchten, aufzuzeigen. Die Reichsbank wäre nicht im stande, diese Papiere sofort zu realisiren, sie könnte ihre Noten nicht mit baarem Gelde einlösen, die schlimmste Geldkrise wäre fertig — trotz oder gar dank der Verstaatlichung durch die Agrarier!

Daß unter den Konservativen selbst verständige Männer sind, denen solche Experimente denn doch zu gewagt erscheinen, davon kann man sich da und dort in der konservativen Literatur überzeugen. Aber diese Stimmen verhallen unter dem wüsten Geschrei agrarischer Demagogen, die in den Versammlungen den Bauer und Handwerker aufzuhetzen suchen, weil die Reichsbank nicht jedem an seiner Existenz Schiffbrüchigen ihre Millionen zur Verfügung stellt oder, was parlamentarisch ausgedrückt heißt, weil die Reichsbank nicht sozialpolitisch genug sich bethätige.

Leider ist mit einer solchen Agitation viel Unheil anzurichten, weil die Materie ziemlich schwer verständlich ist. Jedenfalls werden die Arbeiter auf das Stichwort „Verstaatlichung" nicht anbeißen. Gewiß ist die Sozialdemokratie grundsätzlich für eine Verstaatlichung des Bankwesens, aber sie wird sich hüten, einer agrarisch-reaktionären Regierung wie der heutigen die Reichsbank auszuliefern und dadurch den Junkern Vorspanndienste bei ihrer Staatskrippen-Politik zu machen.

*) Die sozialdemokratische Fraktion hatte bisher keinerlei Veranlassung, sich mit der Frage der Verlängerung des Reichsbank-Privilegiums, die dem Reichstage erst in seiner nächsten Legislaturperiode vorliegen wird, zu befassen. Wir können blos konstatiren, daß der Standpunkt unseres Mitarbeiters von vielen sachkundigen Genossen getheilt wird. Red. d. V.

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. Juli.

Wie man Versprechungen halten soll — darüber hat man in deutschen und preußischen Regierungskreisen bekanntermaßen eigenthümliche Auffassungen. Das zeigt sich bezüglich der Militär-Strafgerichtsreform und der Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes. Zu diesen Fällen gesellt sich nun ein dritter, der politisch vielleicht nicht ganz so bedeutend ist als jene anderen, sonst aber sich ihnen würdig anschließt.

Wir hatten Notiz genommen von den Mittheilungen der „Berl. Pol. Nachr.", des Miquel'schen Sprachrohrs, daß eine Abänderung des preußischen Wahlgesetzes zur Verminderung der immer schlimmer hervorgetretenen plutokratischen Auswüchse in Aussicht genommen sei. Wir hatten auch schon verzeichnet, daß die „Nordd. Allgem. Ztg." darauf erklärte, von einer solchen Absicht sei an den maßgebenden Stellen der Regierung nichts bekannt. Hieran hat sich nun wieder ein anmuthiges Spiel von Behauptungen und Zurückweisungen zwischen den beiden „wohl unterrichteten" Blättern angeschlossen. Die „Berl. Pol. Nachr." beharren bei ihrer ersten Meldung, und die „Nordd. Allg. Ztg." dementirt von neuem.

Ein weiteres Interesse hat es kaum, wer von den beiden Offiziösen Recht hat, denn die oben geplante Wahlrechts-„Reform" ist, wie wir schon näher darlegten, vollständig bedeutungslos. Sollte aber die „Nordd. Allg." recht behalten, so würde damit die preußische Regierung sich von neuem in sehr sonderbarer Weise über ein gegebenes Versprechen hinwegsetzen.

Die preußische Regierung hat bei der Berathung der neuen Steuergesetze sich ausdrücklich verpflichtet, sobald die Wirkungen der Steuerreform auf das Wahlrecht festgestellt seien, die entsprechenden Konsequenzen bezüglich des Wahlrechts zu ziehen.

Nun sind die Wirkungen der Steuerreform festgestellt worden und eine überaus starke Verschiebung der Wahlberechtigung zu gunsten der Reichsten ist hervorgetreten. Es wäre also Pflicht der Regierung, jetzt an eine entsprechende Aenderung des Wahlrechtes zu denken.

Aber die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärt ganz unverfroren:

„Die angeführte Thatsache war uns vollkommen bekannt, aber auch die weitere, daß ein Termin für die Erfüllung der gemachten Zusage nicht gestellt ist und man es nicht für angezeigt erachtet hat, unmittelbar vor den im nächsten Jahre nothwendig werdenden allgemeinen Neuwahlen zum Abgeordnetenhause eine Aenderung der Wahlrechtsbestimmungen eintreten zu lassen."

Gerade das also, was das Versprechen der Regierung besagt, soll nach der „Nordd. Allg. Ztg." nicht geschehen. Der Sinn des Versprechens ging dahin, daß gerade die plutokratische Verschlechterung des Wahlrechtes bei den künftigen Wahlen nicht wirksam werden solle. Und nun heißt es: Es ist kein bestimmter Termin für die Erfüllung der Zusage gesetzt worden! Die Regierung kann also ihr Versprechen auch im Jahre 2000 erfüllen.

Künftig werden wohl auch die gutgläubigsten Leute sich die Versprechungen der Regierungsmänner etwas sorgfältiger ansehen!

Der Kampf um das Vereinsgesetz zeitigt allerlei Bekenntnisse schöner Parteiseelen. Gegen die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, welche ihre Demonstration für das Recke-Gesetz damit bekräftigt haben, daß sie durchblicken ließen, sie würden sich überlegen, ob sie bei einer Partei, welche das Gesetz ablehne, fürder noch verbleiben könnten, wendet sich die „Magdeburgische Zeitung" folgendermaßen:

„Gewiß, die nationalliberale Partei bedarf hier zu Lande des Rückhaltes nicht nur bei dem Mittelstande, sondern auch bei der Großindustrie, wie ja überhaupt in unserem Industrierevier das ganze öffentliche Leben naturgemäß auf die Eigenart und die Bedürfnisse des Großgewerbes mehr oder weniger zugeschnitten ist. Aber solche Verhältnisse beruhen auch wieder auf Gegenseitigkeit, und so sehr die Partei den Werth dieses Verhältnisses zu schätzen wissen wird, eben so sehr wird sie sich auch klar darüber sein, daß mit der Unterstützung der Vertreter jener Düsseldorfer Kampfstimmung allein keine Wahlen zu machen sind."

Also die Magdeburgerin erkennt hier einmal sehr offenherzig an, daß ihre Partei in hervorragendem Maße Vertreterin der Großindustrie ist; gewöhnlich hieß es immer: Wir vertreten keine besondere Klasse, sondern „das ganze Volk".

Noch besser ist aber ihr Wort von den Wahlen, die man nicht allein mit den Düsseldorfer Demonstranten machen könne. Der Gedanke an die Wahlen ist es, der die Haltung der nationalliberalen Partei stark beeinflußt, der sie Rücksicht nehmen läßt auf die Anschauungen und Forderungen der breiteren Massen. Wären wir ein Jahr hinter den Wahlen statt ein Jahr vor ihnen, wer weiß, ob das preußische Ausnahmegesetz nicht schon längst in voller Wirkung stände? —

König Stumm hat Pech, seine Angriffe auf die Katheder-sozialisten und insbesondere auf die Professoren der Nationalökonomie an der Berliner Universität haben, den hohen Wünschen willfährigen Unterrichtsminister Dr. Bosse veranlaßt, einen in der Wissenschaft unbekannten Wiesbadener Amtsgerichts-Rath Dr. Reinhold über die Köpfe der Fakultätsmitglieder zum außerordentlichen Professor der Nationalökonomie zu ernennen. Man vermuthete damals, daß der neugebackene Universitätslehrer ein Schützling des Herrn von Stumm sei und diesem Manne, der in Personenfragen so maßgebenden Einfluß zu nehmen verstand, seine Ernennung verdanke. Herr von Stumm und die ihm ergebene Presse widersprachen nicht und so hielt sich diese Meinung in der Oeffentlichkeit. Herr von Stumm schien eben selbst zu glauben, daß die Wahl Bosse's nur auf einen Verfechter der so eifrig vertretenen Interessen des Selbstherrschers von Saarabien gefallen sein könnte. Herr Reinhold hat in einer Abschiedsrede zu Wiesbaden diese Vermuthung gründlich zerstört, der neue Professor hat in seiner Rede auf's trefflichste bewiesen, daß er kein Gelehrter, kein Forscher ist, daß ihm so ziemlich alles fehlt, was zum Vertreter der Wissenschaft gehört, aber dafür ist er ein zwar nicht tiefer aber geistreicher Plauderer, der sich an seinen Worten berauscht und mehr Gewicht auf große Worte als auf den Inhalt legt, all' dies spricht dafür, daß ihm mehr seine gesellschaftlichen Talente und sein etwas veralteter „englischer" Standpunkt in der Nationalökonomie die gesellschaftlichen Beziehungen in Wiesbaden verschafft haben, die eine so eigenthümliche Karriere ermöglichen konnten. Herr Reinhold ist, wenn man ihn staatswissenschaftlich rangiren soll, Naturrechtler, Manchestermann, aber doch nicht ganz unbeeinflußt von den Forderungen der Zeit, aber ziemlich frei von den Forderungen des Freiherrn v. Stumm, er ist Gegner von Polizeimaßregeln und damit auch ein Mann, der sicher sein kann, bald von Herrn v. Stumm in den großen Bann gethan zu werden.

Wir theilen aus seiner Rede einige charakteristische Stellen mit:

Das Volk ist die Quelle alles Rechtes ... So muß für jeden ehrlichen und das beste seines Volkes suchenden Patrioten als erster Glaubenssatz auf dem Grunde seiner politischen und wirthschaftlichen Ueberzeugung das Selbstbestimmungsrecht des Volkes stehen. Dieses Prinzip bewahrt zugleich vor jeder bornirten Orthodoxie in Zweckmäßigkeitsfragen ... Was in der Freiheit für Zauberkräfte sind, ist garnicht auszusagen ... Die pedantische oder rohe Verkümmerung der freien Entwicklung unterdrückt Keime, deren Möglichkeit alle Phantasie übersteigen. Staat und Polizeigesetz sollen nicht überall mit ihrer rohen beunruhigenden Gegenwart erscheinen ..... Man zerstört das höchste, was Menschengeist zu leisten vermag, wenn man mit der jämmerlichen Blendlaterne des subalternen Sicherheitsdienstes in die stillen Gründe des Lebens hineinleuchtet.

Will ich nun mit diesen Ausführungen die reine Manchesterlehre anpreisen und mich selbst als harten Vertheidiger des Laissez faire bekennen? Keineswegs. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkte einer humanen Sozialpolitik und erkenne gerade auch dem Staat das Recht und die Pflicht zu, um in das den Schwachen zermalmende „freie Spiel der Kräfte" einzugreifen. Aber erstens warne ich vor einer Ueberschätzung der hier gegebenen Möglichkeiten, und sodann will ich in unserer Zeit die sozialen Reformen nicht dem Volke auferlegt und befohlen, sondern als freie That der Noth und des Gewissens als selbstgewolltes Lebensgesetz derer, die es angeht. .... Jede wirthschaftliche und soziale Reform (ist) nur unter gewaltigem Drucke und nur bei dringendster Noth unter formaler Einwilligung und erklärter Verantwortung des ganzen Volkes zu unternehmen. Die in der modernen Zeit namentlich in Preußen weit verbreitete Meinung, in der Sozialpolitik sei auf das „soziale Königthum" die Hoffnung der Zukunft zu setzen, ist eine Illusion. Das Königthum ist heute völlig unvermögend, große reformatorische Thaten, wirkliche Umwälzungen in der Volkswirthschaft und in der Gesellschaft durchzusetzen. Das kann allein ein zwar stark regiertes, aber freies Volk; nur auf einer — nicht formell, aber dem Wesen nach — demokratischen

Grundlage ist der Versuch einer kühnen Sozialpolitik möglich. . . . Eine Reformation der Gesellschaft und der Wirthschaft kann daher nur in Angriff genommen werden, wenn Monarchie und Volk sich reichlich mit „mit demokratischem Oel gesalbt haben."

Das sind nun Anschauungen, die in Regierungskreisen und in der Umgebung des Herrn v. Stumm nicht getheilt werden. Noch unangenehmer werden die Männer an der Spritze berührt sein von einigen politischen Aeußerungen des Mannes. Er hat bei dem Abschiedsessen in Wiesbaden geäußert:

Man frage sich erstaunt, ob die Regierung die Stimmung und der Bewegung im Lande nicht sehe und nicht sehen wolle, und auf welche Elemente sie denn ein haltbares System zu gründen gedenke, wenn sie die breiten Kreise des gebildeten und gemäßigt liberalen Bürgerthums tödtlich verletze und dem ohnehin riesig anwachsenden Radikalismus zutreibe. Die Regierung habe eine verkehrte Stellung zum Problem der Freiheit.

Natürlich ist das „Berliner Tageblatt" begeistert von den Ausführungen des Herrn Reinhold. Wir begreifen dies, sind es doch Anschauungen, die verwandt sind denen der mehr oder weniger verkappten Manchesterpresse und auch der Stil des Herrn Reinhold mag dem Blatte gut gefallen. Wir würden uns nicht wundern, wenn Herr Reinhold, bald, nachdem er an der Universität abgewirthschaftet hat, in die Redaktion des „Berliner Tageblatt" als Sonntags-Leitartikelschreiber eintreten würde.

Herrn Reinhold's Rede beschäftigt die Presse mehr, als der Mann es eigentlich verdient. Einige charakteristische Preßäußerungen wollen wir aber registriren:

Der „Reichsbote" schreibt:

Die Rede wurde vor Juristen gehalten und verräth, wenn sie so gehalten worden ist, einen links abgefärbten Parteimann und Manchestertheoretiker vom reinsten Wasser, aber alles andere wie einen wissenschaftlichen Kopf.

Die „Kreuz-Zeitung" bemerkt:

Jedenfalls dürften auch die am meisten ihres öffentlichen Auftretens wegen angefeindeten professoralen „Katheder-sozialisten" sich so scharf gegen die heutige „Regierungsmethode" kaum je ausgelassen haben. Wenn Dr. Reinhold es als „einen wesentlichen Theil seines Lehrberufs" betrachten will, „der völlig thörichten Furcht vor dem Sozialismus entgegenzutreten", so dürften die vielgeschmähten „Kathedersozialisten" ihm deshalb nicht gram sein.

Und die „Voss. Ztg." sagt:

Vorläufig erscheint das Programm noch gleich geheimnißvoll für Weise wie für Thoren. Vielleicht kommt aber auch Herrn Dr. Reinhold noch mit seinem Amt die Klarheit.

Eine schwere und sehr schmerzlich empfundene Niederlage hat die Zentrumspartei in Bayern zu verzeichnen. Eine Privatdepesche aus München meldet uns:

Im Wahlkreise Regen ist trotz heftigster Gegenagitation der Zentrumspartei Dr. Sigl mit erheblicher Majorität in den bayerischen Landtag gewählt worden.

Dr. Sigl wird im bayerischen Landtag den Zentrumsleuten weit weniger gefährlich sein, als außerhalb des Landtages. Daß der verbissenste, unversöhnliche Gegner des bayerischen Zentrums in einem dem Zentrum früher ganz sicheren Kreise den Sieg über den mit aller geistlichen und weltlichen Macht unterstützten klerikalen Kandidaten davongetragen hat, ist ein Zeichen, daß die Stimmung gegen das Zentrum in Bayern für diese Partei sehr bedenkliche Dimensionen angenommen hat.

Die Wahl Dr. Sigl's ist ein neuer Anstoß für die Trennung der „bayerischen Patrioten" von der deutschen Zentrumspartei. —

Die freisinnige „Breslauer Morgen-Zeitung" ist ungehalten darüber, daß wir die Kritik liberaler Blätter gegen das Hervortreten des persönlichen Regiments nicht mit uneingeschränktem Lobe begleiten, daß wir vielmehr auch bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, die Halbheiten des Liberalismus ins Licht zu setzen.

Die Staatsform, deren Verehrung der Liberalismus zur Schau trägt, — so meinten wir — ist eine Staatsform des Zwielichts, der Unklarheiten und der inneren Widersprüche. Das Breslauer Blatt zeigt selbst, wie richtig unsere Darlegung war, indem es seinen Artikel mit der Aufforderung an das Volk schließt, daß es bei den nächsten Wahlen energisch kundgebe: Sic volo, sic jubeo! So will ich, so befehle ich!

Das ist sehr schön gesagt, aber unmöglich in einem monarchischen Staat, auch im konstitutionell-monarchischen Staate, es müßte denn sein, daß der Monarch nur ein Dekorationsstück wäre und nichts mehr von dem, was sein Name bedeutet und ihm giebt, behalten hätte. So lange ein einzelner solche Machtbefugnisse hat, wie sie der König von Preußen und der Kaiser von Deutschland besitzt, giebt es kein sic volo, sic jubeo des Volkes!

Das liberale Bürgerthum Deutschlands hat nicht, wie in Frankreich und anderen Ländern geschah, die alten Formen des Staates beseitigt, sondern mit neuem Aufputz versehen und bestehen lassen. Ja, der größte Theil unserer Liberalen würde auch heut kaum daran denken, das „persönliche Regiment" zu bekämpfen, wenn dasselbe sich etwa ebenso sehr auf die Seite bürgerlicher Erwerbsinteressen stellen würde, wie einst der „Bürgerkönig" Philipp, dessen enrichissez-vous dem Bürgerthum schönste Musik war.

Das sic volo, sic jubeo des Volkes kann nur die Parole einer demokratischen Partei sein, welche für alle Staatsbürger gleiches Herrschaftsrecht fordert. Will sich das Breslauer Blatt auf einen demokratischen Boden stellen, so soll es uns lieb sein. Aber die „Liberalen", welche Feuer und Wasser friedlich verbinden möchten, welche sich heute vor dem Volk und morgen vor der Erbmonarchie verbeugen — werden unserer Kritik nicht entgehen. Wenn die augenblickliche politische Lage ihnen den Rücken ein wenig gesteift hat, wenn die Aussicht auf die baldigen Neuwahlen ihnen eine festere Sprache gegen die Vorgänge „in den oberen Regionen" in den Mund legt, so wollen wir sie darob nicht plötzlich anders bewerthen als wir sie stets bewerthet haben. —

Der 14. Juli, das Bastillefest, ist in Paris noch ruhiger, noch weniger feierlich begangen worden, als in den Vorjahren. Das Volk, die Arbeiter, sind mit ihrem Herzen längst nicht mehr bei diesem Gedenkfeste der Beseitigung des Absolutismus, der Begründung der bürgerlichen „Freiheit".

Einst glaubte das Volk an die Bourgois-Republik und die Arbeiter hofften von ihr ein wenig Hilfe in ihrer Noth. Aber die Bourgois-Republik gab ihnen nur Elend und Verfolgungen. Das Volk löscht die Festesfackeln und seine Begeisterung aus. Der 14. Juli hat dem Arbeiter von Paris nichts mehr zu sagen. Er hat sich neuen Idealen zugewendet. Er will die Bourgeoisrepublik durch die Soziale Republik ersetzen. Er harrt eines neuen 14. Juli! —

In Konstantinopel scheinen die Dinge noch auf demselben Fleck zu stehen. Nach einer Meldung des „Standard" aus Konstantinopel hat allerdings der Ministerrath mit Genehmigung des Sultans eingewilligt, die türkische Kriegsentschädigungs-Forderung von acht auf sechs Millionen Pfund zu ermäßigen. Auch hat demselben Blatte zufolge der Sultan auf einen Bericht des Ministerrathes hin, in welchem das europäische Konzert als ein Bund des Kreuzes gegen den Halbmond gekennzeichnet wird, ein Irade erlassen, in welchem es heißt, der Sultan sei überzeugt, daß die Bestrebungen der Mächte lediglich auf Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet seien; der Sultan befehle daher den Ministern, die Friedensverhandlungen, wenn möglich, abzuschließen und die Friedenspräliminarien bis Donnerstag zu unterzeichnen.

Wie den „Times" gemeldet wird, haben die Botschafter nach ihrer Versammlung vom 13. d. M. Tewfik Pascha mündlich auffordern lassen, der Botschafterversammlung, welche heute stattfinden soll, beizuwohnen, um eine ausdrückliche Erklärung darüber abzugeben, ob die Pforte einwilligt oder ob sie es ablehnt, auf der von den Mächten vorgeschlagenen Grundlage zu verhandeln.

Die nächsten Tage dürften also wenigstens darüber Sicherheit bringen, ob überhaupt Aussicht besteht, daß die Verhandlungen vorrücken oder ob sich die Verhältnisse noch gefahrdrohender zuspitzen werden.

Nach einer Meldung der „Times" aus Athen bestätigt sich die Nachricht nicht, daß englische Soldaten bei Kandia in einem Kampfe mit Baschibozuks gefallen seien.

•

Deutsches Reich.

— **„Ruhig und nüchtern".** Die Kundgebung der westdeutschen Industriellen für das Vereinsgesetz hatte sich auch gegen die gewerkschaftliche Bewegung ausgesprochen. Wenigstens war von mehreren Seiten — auch von unserem Blatt — sofort die Folgerung aus den Ausführungen der Demonstranten gezogen, daß sie nicht nur das politische Versammlungs- und Vereinswesen, sondern auch die Lohnbewegung der Arbeiter mit dem Knebelgesetz getroffen wissen wollen. Offenbar ist es jetzt in den Kreisen, welche für die lex Recke gesinnt sind, unangenehm, daß die Folgen des Gesetzes so in ihrer ganzen Tragweite von ihren eigenen Freunden enthüllt worden sind, und dieselben suchen der betreffenden Stelle der „Kundgebung" durch künstliche Deutungen ihre Schärfe zu nehmen. Nun aber lautet jene Stelle folgendermaßen:

„Daß durch das vorliegende Gesetz nur die politischen Versammlungen und Vereine, nicht aber diejenigen getroffen werden, die sich mit Löhnen, Arbeitsbedingungen, überhaupt mit den die materielle Lage der Arbeiter betreffenden Fragen beschäftigen, mag dem Wortlaute nach richtig sein, der Sache nach ist dieser Einwand durchaus unzutreffend.

Die sozialdemokratischen Agitatoren wissen sehr wohl, daß eine Versammlung, in der die vorerwähnten Fragen ruhig und nüchtern erörtert werden, besonders auf die gutgelohnten Arbeiter der westlichen Industriebezirke keine Anziehungskraft ausübt; nur durch Hetze und Schmähungen gegen die Arbeitgeber und das Kapital, gegen Staat und Gesellschaft können sie ihre Versammlungsräume füllen. Damit aber würde jede Versammlung einen politischen Charakter annehmen und bei energischer Handhabung des zu erlassenden Gesetzes der Auflösung verfallen."

Es verlohnt sich für uns nicht, auf diese großindustrielle Weisheit weiter zu antworten. Jedenfalls zeigt das Zitat klar, daß die gewerkschaftlichen Versammlungen und Vereinigungen, wie sie bisher im Wahlkreise der Herren stattfanden bezw. bestanden, nach deren Ansicht verboten werden sollen. Nur „ruhig und nüchtern" darf noch in Arbeiterkreisen verhandelt werden. Was hierunter aber zu verstehen ist, darüber soll die Polizeiwillkür unter Unternehmereinfluß entscheiden. „Spiegelberg, wir kennen Dich." —

— Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht die Zuschrift eines bekannten rheinischen Fabrikanten, welcher sehr viel über „die wüste Hetze" schimpft, aber sich gegen Polizeigesetze erklärt und statt deren eine Politik der Reformen fordert. Was für Reformen er meint, verschweigt aber der Herr. —

— Bei den Zwangsversteigerungen in Preußen im Jahre 1896 ist nach einer im Justizministerialblatt veröffentlichten Zusammenstellung sowohl die Gesammtzahl der versteigerten Grundstücke wie die der darunter befindlichen der Landwirthschaft dienenden Grundstücke gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen. In keinem der vorhergehenden Jahre sind so wenige ländliche Grundstücke versteigert worden, wie in dem letzten.

Es sind im Jahre 1896 10 714 Zwangsversteigerungen beendet gegen 11 536 im Jahre 1895, 11 404 im Jahre 1894 und 10 917 im Jahre 1893. Gegen das Vorjahr hat also ein Rückgang um 822 oder 7,1 pCt. stattgefunden. Sondert man die hauptsächlich der Land- oder Forstwirthschaft dienenden Grundstücke ab, so ergiebt sich für diese die Zahl von 3951 gegen 4305 im Jahre 1895, 4398 im Jahre 1894, 4381 im Jahre 1893, 4908 im Jahre 1892, 4312 im Jahre 1891, 4703 im Jahre 1890, 5337 im Jahre 1889 und 5943 im Jahre 1888. Es hat also in 8 Jahren ein Rückgang um 1992 oder 33,5 pCt. und seit dem Vorjahre ein solcher um 354 oder 8,2 pCt. stattgefunden. Eine Zunahme gegen das Vorjahr zeigen die Subhastationen ländlicher Grundstücke nur in Sachsen (+ 32), Hannover (+ 48), Westfalen (+ 7) und Posen (+ 2), wogegen die Abnahme am beträchtlichsten war in Hessen-Nassau mit 97 und Schlesien mit 264. Faßt man wieder die drei östlichsten Provinzen zusammen, so erhält man 709 Zwangsversteigerungen gegen 772 im Jahre 1895, 823 im Jahre 1894, 987 im Jahre 1893 und 1180 im Jahre 1892. Die Zahl der Zwangsversteigerungen städtischer Grundstücke, die bisher in den letzten Jahren stets zugenommen hatte, ist im letzten Jahre zum ersten Male zurückgegangen. Sie betrug 6763 gegen 7231 im Jahre 1896, 7006 im Jahre 1894, 6586 im Jahre 1893, 5644 im Jahre 1892, 4395 im Jahre 1891 und 4017 im Jahre 1890. Der Rückgang gegen das Vorjahr beträgt also 468 oder 6,5 pCt.

— Ueber die Vorbereitungen für den neuen deutschen autonomen Zolltarif wird dem „Hamburger Corr." offiziös geschrieben: In allen betheiligten Ressorts der Reichsverwaltung ist man gegenwärtig schon mit den Vorarbeiten zur Aufstellung des neuen deutschen autonomen Zolltarifes beschäftigt. Im Reichsschatzamte ist gemäß dem Etat für 1897/98 eine besondere Stelle mit der Lösung der Aufgabe betraut. Man kann namentlich hier eine energische Förderung der Angelegenheit erwarten, sobald der in Aussicht genommene neue Staatssekretär sein Amt angetreten haben wird. Aber auch im preußischen Handelsministerium verfolgt man die Angelegenheit mit großer Aufmerksamkeit. Das preußische Handelsministerium hat von jeher einen großen Antheil an den zolltarifarischen Vorarbeiten gehabt. Es rührt dies namentlich daher, daß, wie auch schon aus der Erhebung über die Wirkungen der Handelsverträge hervorgeht, gerade dieses Ministerium mit den verschiedenen industriellen Vereinigungen die engste Fühlung hat. —

— Die Enthüllungen des Herrn v. Diest-Daber über Bismarcks Verhältniß zu Bleichröder sind offenbar den Konservativen recht unangenehm, deren Parteigänger derselbe war und noch ist. Sie suchen den Herrn jetzt abzuschütteln und sagen, er habe keinerlei Rückhalt in ihrer Partei. Die „Voss. Ztg." weist jedoch darauf hin, daß die „Kreuz-Zeitung" selbst kürzlich die Diest-Daber'sche Schrift nicht nur nicht zurückgewiesen, sondern halb und halb empfohlen hat. Dasselbe Blatt erinnert auch daran, daß, als Herr v. Diest-Daber im Zirkus Busch ausrief: „Die Minister können uns sonst was!", der Beifall, der diesen Worten zu theil wurde doch sicherlich zeigte, daß er noch einen Rückhalt zu der konservativen Partei habe.

— Die Ulmer Spionenaffäre scheint der „Ulmer Ztg." zufolge recht harmlos zu sein. Die beiden unter Spionageverdacht verhafteten Personen, ein Franzose und ein Ulmer Bürgerssohn, hatten sich früher kennen gelernt, und der Franzose stattete nun seinem Freunde einen Besuch ab. Bei Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Ulms kamen sie auch an der Kaserne vorbei und erhielten auf Anfrage die Erlaubniß zum Eintritte. Als sie aber eines der neuen Geschütze besichtigten, wurden sie auf Befehl des Gouvernements, dem inzwischen Meldung gemacht worden war, verhaftet. —

— Die Mittheilung der „Köln. Volksztg.", der Kaiser habe in Travemünde zu den Staatssekretären und Ministern gesagt, der Reichskanzler gedenke ihn im Herbst zu verlassen, wird von den „Münch. N. N." für unzutreffend erklärt. —

Dresden, 15. Juli. (Eig. Ber.) Das sächsische Oberlandesgericht hat das Verbreiten sozialdemokratischer Flugblätter an Nichtsozialdemokraten als „groben Unfug" erklärt, sobald diejenigen, denen das Flugblatt gegeben wurde, „belästigt" seien.

Zwei Bautzener Genossen hatten am 25. April Mai-Flugblätter in der Umgegend von Bautzen vertheilt, und natürlich an jedermann, da man es ja einem Menschen nicht vom Gesicht ablesen kann, ob er Sozialdemokrat ist oder nicht. Die betreffenden Genossen wurden deshalb angezeigt und verklagt. Das Schöffengericht in Bautzen verhandelte am 11. Juni über die Angelegenheit. Auf Antrag des Amtsanwalts wurde die Sache vertagt, da durch die fünf geladenen Zeugen der „grobe Unfug" anscheinend noch nicht genügend festgestellt werden konnte. Am 13. Juli war neuer Termin und dazu weitere vier Zeugen geladen. Alle Zeugen erklärten, „von solchen Sachen (den Flugblättern) möchten sie nichts wissen". Eine Zeugin erklärte direkt, sich „belästigt" gefühlt zu haben. Das genügte nun der Anklagebehörde, und der Amtsanwalt verlangte auf grund des bekannten Oberlandesgerichts-Urtheils Bestrafung. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei, und zwar deshalb, weil die „Belästigungen" nicht „erhebliche" gewesen seien. Das Oberlandesgericht setzt nämlich für eine Verurtheilung „erhebliche Belästigung" voraus. Man kann gespannt sein, ob die Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil des Schöffengerichts Berufung einlegen wird.

Hamburg, 15. Juli. (Eig. Ber.) Die Hamburger Bürgerschaft bewilligte gestern Abend auf einen dringenden Antrag des Senats 18 000 M. zur Erbauung eines Hauses für den Arbeitsnachweis der sogenannten patriotischen Gesellschaft. Die Linke hatte durch den vielfachen Grundeigenthümer Langthimm, der sich außer durch viele andere Dinge während des großen Hafenarbeiterstreiks dadurch einen Namen gemacht hat, daß er gegen Streikende, die ihm Miethe schuldeten, sehr rigoros vorging, Vertagung der dringenden Senatsvorlage bis nach den Ferien beantragen lassen. Als der neugewählte Antisemit, der gestern Abend debutirte, jedoch gar gewaltig in Arbeiterfreundlichkeit machte und der Bürgerschaft vorwarf, sie habe keinen Sinn und kein Verständniß für sozialpolitische Maßnahmen, zog die Linke ihren Antrag zurück und der Senatsantrag wurde einstimmig angenommen. Eine solche Summe zum Wohle der „Arbeiter" bewilligt zu haben, damit wird die „Volks"vertretung der Republik Hamburg sich noch manch liebes Mal brüsten, wenn man ihr ihre arbeiterfeindliche Gesinnung unter die Nase reibt. —

Frankreich.

— Zur Panama-Affäre wird aus London telegraphirt: Cornelius Herz empfing gestern die von der Panama-Untersuchungskommission entsandten zwei Delegirten.

Italien.

Rom, 14. Juli. Die Kammer beendete die Berathungen des Budgets und die von 9 dringenden Vorlagen, unter diesen solche betreffend Maßnahmen gegen die Citronen- und Orangen-Krise sowie solche zu gunsten Sardiniens und betreffend Hafenarbeiten in Genua, und beschloß sodann, da die zur definitiven Abstimmung über einige Vorlagen erforderliche gesetzliche Zahl von Deputirten nicht anwesend war, morgen noch eine Sitzung abzuhalten und dann in die Sommerferien zu gehen.

Rußland.

— Hungersnoth in Aussicht. Nach der offiziösen „Handels- und Gewerbe-Zeitung" des Finanzministeriums soll in den Flußgebieten der Wolga, der Kama und des Don, in dem Nord-Kaukasus und in einem großen Theil des Taurischen Gouvernements eine Mißernte zu erwarten sein. Besonders wenig verspricht man sich von der Ernte in den Gouvernements von Rjasan, Tula, Tambow, Woronesch, Kasan, Nischni-Nowgorod, Saratow und Samara, in dem Gebiet der Don-Kosaken und in dem Nord-Kaukasus.

Eine mittelmäßige und theilweise sogar gute Ernte wird in West- und einem Theile Nord-Rußlands, in Polen, in den Ostsee-Provinzen in Aussicht gestellt. Diese Provinzen haben selbst bei guter Ernte nichts für den Export übrig, sondern konsumiren ihre Produktion selbst. —

Amerika.

Washington, 14. Juli. Der Senats-Ausschuß für auswärtige Beziehungen genehmigte den Bericht über einen Beschlußantrag, welcher die Ratifikation des Vertrages betreffend die Annexion Hawaiis empfiehlt.

Die Delegirten des Senats und des Repräsentantenhauses für die gemeinsame Berathung der Tarif-Bill sind weiter, denn je, von einer Einigung entfernt. Der Haupt-Streitpunkt ist die Frage des Zucker-Tarifs.

— Gegen die geplanten Zollmaßregeln der Vereinigten Staaten scheint man den Widerstand der europäischen Regierungen organisiren zu wollen. Wenigstens meldet „Daily Chronicle" aus Wien:

In dortigen gut informirten Kreisen werde versichert, in Berlin oder Wien werde demnächst eine Konferenz wegen der amerikanischen Tarifbill stattfinden. —

— Seitens der canadischen Regierung wurde das sofortige Inkrafttreten des Gesetzes gegen die Einwanderung ausländischer Arbeiter beschlossen.

Partei-Nachrichten.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Dresden-Neustadt siegte in der Klasse der Arbeitnehmer die sozialdemokratische Liste. In die Wahlen der Arbeitgeber-Beisitzer sind unsere Genossen nicht eingetreten.

In Zwickau siegte bei den Vertreterwahlen zur Knappschaftl.-Berufsgenossenschaft die sozialdemokratische Liste der Bergarbeiter. Die bisherige Arbeitervertretung, zur Hälfte aus „Ordnungsliebenden" bestehend, scheidet im Herbste aus.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Weil er am 18. März eine rothe Fahne entfaltet hatte, sollte der Genosse Meyer in Brandenburg a. H. Strafe bezahlen, denn er sollte damit gegen eine Polizeiverordnung, die das verbietet, verstoßen haben. Das Schöffengericht hatte auf seinen Einspruch die Polizeiverordnung für ungiltig erklärt und ihn freigesprochen. Die Berufung des Staatsanwalts wurde vom Landgericht verworfen.

— Von der Amtshauptmannschaft verboten wurde eine Versammlung, die am Sonntag in Pausa i. V. stattfinden und in der der sächsische Landtags-Abgeordnete Paul Horn-Gainsdorf über die kommenden Landtagswahlen sprechen sollte. Das Verbot stützte sich auf § 5 des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes von 1850, wonach Versammlungen, in denen Gesetzesverletzungen und unsittliche Handlungen befürchtet werden, behördlicherseits zu verbieten sind. In der „Begründung" des Verbotes heißt es ferner, daß der angemeldete Referent ein gewerbmäßiger (!) sozialdemokratischer Agitator sei, der seiner politischen Gesinnung wegen schon Vorstrafen erlitten habe und bei dem die Befürchtung gerechtfertigt sei, daß er seinen Vortrag zu Gesetzesverletzungen benutzen werde. — Genosse Horn beabsichtigt, persönlich die Beschwerde gegen dies Versammlungsverbot, soweit es seine Person betrifft, zu erheben, da er nicht „gewerbsmäßiger Agitator", sondern Buchhalter in einer Schuhfabrik ist.

— Grober Unfug am 1. Mai. Der Genosse Fallenbeck in Dresden sollte nach Ansicht des dortigen Schöffengerichts dadurch groben Unfug verübt haben, daß er am 1. Mai in der „Deutschen Eiche" in Striesen ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie ausbrachte. F. wurde zu einer Woche Haft verurtheilt, legte aber gegen dieses Urtheil Berufung ein. Die zweite Strafkammer des Landgerichts hob zwar das Urtheil der ersten Instanz auf, verurtheilte aber den Beklagten zu 25 M. Geldstrafe. In der Begründung des Urtheils wird hervorgehoben, daß zwar der Nachweis, daß jemand belästigt worden sei, nicht erbracht ist, aber — die Möglichkeit einer Belästigung sei nicht ausgeschlossen.

— Zu einem wahren Bandwurmprozeß gestaltet sich die gegen den Genossen Wiertelarz, den früheren verantwortlichen Redakteur der „Thür. Tribüne" in Erfurt, anhängig gemachte Beleidigungsklage seitens des bekannten früheren Rechtsanwalts Hans Blum in Leipzig. Dreimal ist Wiertelarz schon freigesprochen von der Anklage, Blum in seiner Ehre beleidigt zu haben, nämlich einmal vom Amtsgericht und zweimal von dem Landgericht zu Erfurt. Aber der Zorn Blums kennt keine Grenzen, immer wieder legt er Revision ein und so entschied das Oberlandesgericht zu Naumburg in seiner am 28. Juni stattgefundenen Verhandlung unter Aufhebung des Berufungsurtheils auf anderweite Verhandlung und Entscheidung durch das kgl. Landgericht zu Nordhausen.

Die Achtstunden-Bewegung der Englischen Maschinenbauer.

Mit Dienstag haben die Aussperrungen begonnen. Soweit die Maschinenbau-Gewerkschaft dabei in betracht kommt, dürfte die Zahl der im ganzen Lande ausgesperrten Mitglieder etwa 13—14000 betragen. Hierzu wären noch etwa 5000 anderen Gewerkschaften Angehörige zu rechnen. Die Zahl der Londoner Firmen, die an der Aussperrung sich betheiligen, beläuft sich auf 39; viele davon beschäftigen aber nur wenige Arbeiter. Einige größere Fabriken (die eine davon beschäftigt 200 Arbeiter) haben noch im letzten Moment den Achtstundentag bewilligt; mit anderen 2 steht das Achtstunden-Komitee in Unterhandlung. In Stafford hat Herr Bagnall, der Besitzer einer Fabrik für Lokomotiven eingewilligt, den Achtstundentag für sechs Monate einzuführen. Gewinnen die Arbeiter, so bleibt er bestehen, sonst will Herr Bagnall es als einen Versuch betrachten; die endgiltige Einführung will er von den Erfolgen abhängig machen.

Der Sekretär der Kesselschmiede, die sich bekanntlich nicht rückhaltslos den Maschinenbauern bei ihrem Vorgehen angeschlossen haben, legt den Mitgliedern folgende Fragen zur Abstimmung vor:

1. Sind Sie dafür, daß eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit in Verbindung mit allen Gewerkschaften der Schiffbau- und Maschinenbauindustrie, die zusammen 173 461 Mitglieder umfassen, angestrebt werde oder

2. Sprechen Sie sich für das Londoner Distrikt-Komitee der vereinigten Gewerkschaften zur Erringung des Achtstundentages in London aus?

Zur Begründung der ablehnenden Haltung der Leitung der Kesselschmiede-Organisation führt der Sekretär im Anschluß an obige Fragen aus, daß ein solches Vorgehen nicht von einer einzelnen Gewerkschaft, auch nicht nur für einen Landestheil unternommen werden dürfe. Die einzelnen Berufe seien so abhängig von einander, daß ein solcher Schritt vorher genau erwogen werden und die Gesammtheit der verwandten Berufe vorgehen müsse; durch das ganze leuchtet der Vorwurf gegen die Maschinenbauer wegen ihres selbstständigen Vorgehens.

Von unserem Londoner Korrespondenten trifft soeben ein Bericht über den Stand der Bewegung ein, der noch vor dem Bekanntwerden obiger Daten geschrieben wurde. Zum Theil ist das in der Korrespondenz enthaltene unsern Lesern schon bekannt, zum andern Theil lassen wir es hier folgen: „Im ganzen hält sich das Publikum bis jetzt neutral, ja in der Presse herrscht eher eine den Arbeitern günstige Meinung vor. Die radikalen Londoner Blätter nehmen natürlich für sie Partei, aber auch konservative Organe stellen sich bis jetzt ihnen günstig gegenüber, denn mit einer so großen Organisation wie die der Maschinenbauer verdirbt man es nicht gerne. Im Parlament hat der Sekretär des Handelsamts Minister Ritchie erklärt, sein Amt sei mit Vergnügen zur Vermittlung bereit, aber ehe es nicht von einer der streitenden Parteien angerufen werde, könne es nicht hoffen, mit Erfolg sich einmischen zu können.

Die heutigen Abendblätter melden noch von einigen Londoner Firmen, die in letzter Minute den Arbeitern gegenüber klein beigegeben haben. Das wird natürlich auf die Kämpfenden ermuthigend wirken. Um aber nicht die Situation günstiger erscheinen zu lassen wie sie ist, muß ich doch bemerken, daß, wenn man von den Regierungswerkstätten in Woolwich und dem Themse-Eisenwerk absieht, wo der Achtstundentag seit Jahren eingeführt ist, es immer erst eine Minderheit der Londoner Maschinenbau-Arbeiter ist, die den Achtstundentag bewilligt erhalten haben. Von den anderen großen Londoner Firmen hält die Mehrheit mit dem Unternehmer-Verband, und in einigen derselben sind die Mehrheit der Arbeiter Nicht-Gewerkschaftler, so daß sie mit gewissen Einschränkungen trotz der Sperre den Betrieb fortsetzen können. In der Provinz steht es in einigen Distrikten ähnlich, in andern hoffen die Unternehmer sich mit Hülfe der Lehrlinge und Werkführer noch eine Weile durchzuhelfen. Dies gilt u. a. von der Firma Armstrong.

Es wird geschätzt, daß morgen im ganzen gegen 100 000 Arbeiter in Ausstand oder Sperre sein werden. Die Streikunterstützung ist 15—20 Schillinge pro Woche. Setzen wir nur den ersteren Betrag, so macht dies wöchentlich eine Ausgabe von anderthalb Millionen Mark nothwendig. Den Löwenantheil davon hätte die Gewerkschaft der Maschinenbauer zu tragen. Dieselbe hat nun zwar gegen sieben Millionen Mark in Händen, aber das ist ihr Gesammtvermögen, wovon sie auch Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosen-Unterstützung zu leisten hat. Die Frage der Kriegskosten ist also für sie immerhin keine Kleinigkeit. Sie kam einen Theil davon durch Erhebung einer Extrasteuer von den fortarbeitenden Mitgliedern wieder einbringen, aber immer nur einen Theil, und wenn der Kampf sich lange hinzieht, würde sie mindestens finanziell geschwächt aus ihm hervorgehen. Es ist wohl möglich, daß ein Theil der Unternehmer des Nordens dies als „Ziel aufs innigste zu wünschen" betrachtet. Außer dem Londoner Gewerkschaftsrath haben sich noch andere mit Begeisterung für das Vorgehen der Maschinenbauer erklärt, während die Haltung des Vorstandes der Kesselbauer scharf verurtheilt wird. Wie weit sich die Sympathie der nichtbetheiligten Gewerkschaften in klingende Unterstützung umsetzen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Von den auswärtigen Kollegen wird vor der Hand nicht mehr erwartet, als daß sie jedem Versuch der Anwerbung nach hier Widerstand entgegensetzen. Irgend welcher Beitrag als Zeichen der Sympathie würde natürlich hoch aufgenommen werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Zimmerer Berlins und Umgegend. Trotzdem unsere Lohnbewegung bis jetzt für uns einen günstigen Verlauf genommen und täglich mehr Arbeitgeber zum Nachgeben gezwungen werden, ist doch das Verhalten eines Theiles unserer Kameraden mit den Erfolgen nicht in Einklang zu bringen; denn von den zu den neuen Bedingungen arbeitenden Zimmerern, deren Zahl sich im Laufe des heutigen Tages auf ca. 2600 gesteigert hat, haben sich nur erst 1800 in den Besitz von Arbeitsberechtigungskarten gesetzt.

Kameraden! Soll unsere Bewegung nicht unnütz in die Länge gezogen und viele Opfer umsonst gebracht werden, ist es Eure Pflicht, den Beschlüssen der öffentlichen Versammlungen unbedingt mehr Folge zu leisten. Es muß ein jeder, bei einem die Forderung bezahlenden Unternehmer arbeitender Zimmerer sich sofort in den Besitz einer Arbeitsberechtigungskarte setzen, außerdem muß auf jeder Arbeitsstelle ein Platzdeputirter vorhanden sein. Jeder Arbeitgeber, der ohne Arbeitsniederlegung die Forderung anerkannt, muß sofort der Kommission gemeldet werden; denn nur so ist es möglich, täglich ein genaues Bild von der Situation in unserem Beruf zu erhalten. Ganz besonders machen wir noch darauf aufmerksam, daß jeder arbeitende Zimmerer wöchentlich 1 M. zum Unterstützungsfonds zu leisten hat, damit die Streikenden genügend unterstützt werden können und die Lohnbewegung nicht durch Mangel an Geldmitteln zu grunde geht. Die Lohnkommission. J. A.: Theodor Fischer.

Die Lohnbewegung der Zimmerer hat bis jetzt nach den Ermittelungen der Lohnkommission folgendes Resultat gezeitigt: Bei 243 Arbeitgebern arbeiten 2600 Zimmerer zu einem Stundenlohn von 60 Pf. Bei 38 Unternehmern befinden sich 480 Zimmerer im Streik; hierzu kommen noch 250, die sich diese Woche arbeitslos meldeten. In den übrigen Baugeschäften werden Klassenlöhne von 55—60 Pf. und darüber gezahlt. Die Lohnkommission hofft jedoch, in kürzester Zeit auch hier den Minimal-Stundenlohn von 60 Pf. einzuführen.

Deutsches Reich.

Die Leipziger Maurermeister wollen es nunmehr, wie es scheint, mit den schwarzen Listen versuchen, um die Streikenden einzuschüchtern. Der Verband der Bauarbeitgeber hielt dieser Tage eine Versammlung ab, zu der mittels Zirkular eingeladen wurde. Sie beschäftigte sich mit dem Maurerstreik. Auf der Einladung hieß es: Mitzubringen ist eine Liste der in Ihrem Geschäfte noch streikenden Maurer. Die Anführer sind zu unterstreichen.

In Löbau haben, wie die „Sächs. Arb.-Ztg." mittheilt, die Arbeiter am Montag Nachmittag in der Fabrik von Röthig die Arbeit eingestellt. Die Ursachen des Streiks sind noch nicht bekannt.

Des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung sollten sich 7 Maurer in Wiesbaden während des letzten dort stattgehabten Streiks schuldig gemacht haben. Gegen fünf der Angeklagten ergab die Verhandlung vor dem Schöffengericht nichts. Von einem aber wurde das ungeheure Verbrechen festgestellt, daß er am Bahnhofe in Mosbach einen jungen Gesellen am Ohr gefaßt habe mit der höhnischen Bemerkung: „Geh' ham, Du hast noch nit ausgeschlofe!" Der betreffende hat sich dadurch abhalten lassen, nach seiner Arbeitsstelle zu gehen. Der siebente Angeklagte hat zu einem anderen Arbeiter gesagt, er solle sich schämen, zur Arbeit zu gehen, wodurch auch dieser sich abhalten ließ, nach Biebrich zur Arbeitsstelle zu gehen. Der Amtsanwalt beantragte gegen beide je zwei Monate Gefängniß. Das Gericht nahm an, daß diese dadurch, daß sie anderen Arbeitern eine unehrenhafte Handlung vorgeworfen hätten (? Red.), einen unzulässigen Zwang auf sie ausgeübt und damit die erwähnte Gesetzesbestimmung übertreten haben. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrath Dr. Reinhold, führte noch aus, daß jedem Arbeiter für sein Thun die volle Freiheit gewährleistet und der entsprechende Schutz gewährt werden müsse. Da die Sache an sich milde liegt, erkannte das Gericht gegen beide Angklagte auf je eine Woche Gefängniß.

Der Düsseldorfer Zimmererstreik ist bis jetzt günstig verlaufen. Sämmtliche Streikende sind, bis auf 10 Mann, zu den neuen Bedingungen untergebracht; Streikbrecher hatten sich nur 15 gefunden.

Der Vorsitzende der Düsseldorfer Zahlstelle des Bildhauerverbandes sollte 15 M. Strafe bezahlen, weil er sich weigerte, außer den Namen der Mitglieder auch noch deren Wohnungen anzugeben. Das Schöffengericht hob diese Verfügung auf und entschied, daß dazu Vereinsvorsitzende nicht verpflichtet werden könnten.

Vom Zimmererstreik in Dortmund wird folgendes berichtet: Im ganzen hatten 156 Zimmerer gekündigt. Hiervon sind vor Beginn des Streiks schon mehrere abgereist, so daß im ganzen 125 Mann in den Streik eingetreten sind. Davon arbeiten 40 bereits unter den neuen Bedingungen, denn 8 Unternehmer haben die Forderungen sofort bewilligt. 61 Streikende sind bereits abgereist, sodaß die Zahl der zu Unterstützenden nur noch 25 beträgt. Unter den Ausständigen sind 25 Verheirathete mit 59 Kindern gezählt. Die Forderungen der Zimmerer sind zehnstündige Arbeitszeit, um 6½ Uhr morgens beginnend, ein Minimallohn von 45 Pf. pro Stunde, für Ueberstunden ein solcher von 55 Pf., bei auswärtiger Arbeit 75 Pf. Landgeld pro Tag, doppelte Bezahlung von Sonntags- und Nachtarbeit und wöchentliche Lohnzahlung.

Ausland.

Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs hat die Beschickung des Internationalen Arbeiterschutz-Kongresses in Zürich abgelehnt. Die Kommission ging von der Erwägung aus, daß sowohl die Forderungen als auch die Mittel und Wege zur Erkämpfung eines wahrhaftigen Arbeiterschutzes auf Parteitagen und Gewerkschaftskongressen für die Arbeiterschaft Oesterreichs genau festgelegt und vorgezeichnet sind. „Die Kommission erwartet von der aus der Einberufung zu ersehenden Zusammensetzung des Kongresses, von den „Einzelpersonen, Gelehrten, Freunden und Vorkämpfern für gesetzlichen Arbeiterschutz" nicht den geringsten Erfolg. Sache der organisirten Arbeiterschaft ist es, ihre Organisationen auszubauen und zu kräftigen, um die bestehenden Arbeiterschutzgesetze zur Durchführung zu bringen und bessere zu erkämpfen. Die jetzige Zeitepoche erfordert weniger Reden, desto mehr aber positives Handeln." Obwohl auch wir anerkennen, daß die Einführung und prompte Durchführung von Arbeiterschutzgesetzen zur Voraussetzung eine kräftige Arbeiterbewegung hat, so neigen wir doch nicht der Ansicht zu, daß derartige Kongresse für die Sache des Arbeiterschutzes so ganz ohne Nutzen sein sollten.

Ueber den Ziegeleiarbeiter-Streik in Budapest liegen jetzt folgende Nachrichten vor: Nachdem am Sonntag in mehreren Versammlungen der Streik beschlossen worden war, haben sich am Montag nur wenige zur Arbeit gestellt. Die Ziegeleibesitzer haben die meisten Forderungen der Arbeiter bewilligt, aber sich einer 25proz. Lohnerhöhung widersetzt, doch wurden in einigen Ziegeleien theilweise Lohnerhöhungen zugestanden; dagegen wurde die von den Arbeitern geforderte Reduktion der Arbeitszeit nicht bewilligt. Spätere Meldungen gehen dahin, daß ein großer Theil der Ziegeleiarbeiter unter den von den Arbeitgebern zugestandenen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen habe. — Der Handelsminister hat an den Budapester Magistrat ein Telegramm gerichtet, in dem er mit den Unternehmern scharf ins Gericht geht. Er führt darin aus, daß die Streikbewegung der Ziegeleiarbeiter darauf zurückzuführen sei, daß die Arbeitgeber zum unerlaubten Schaden der Arbeiter auf ihren Etablissements Einrichtungen unterhalten, welche gesetzlich untersagt sind, und daß die Gewerbebehörden dagegen nicht energisch und streng vorgehen. Solche Einrichtungen seien Lohnabzüge für kreditirte Lebensmittel und zwangsweise Spareinlagen. Der Minister spricht sein Bedauern darüber aus, daß diese Gesetzwidrigkeiten erst durch die Arbeitseinstellung an das Tageslicht kommen.

Der Landarbeiterstreik im Bologneſischen hat mit einem Sieg der Streikenden geendet. Wie wir dem „Avanti" entnehmen, wurde in einer Zusammenkunft von Vertretern der Streikenden und der Unternehmer, die in Baricella stattfand, eine Einigung erzielt, in welcher alle Forderungen der Arbeiter (Schnitter und Drescher) bewilligt wurden. Der sozialistische Deputirte Costa wurde von der vieltausendköpfigen Menge mit ungeheurem Jubel begrüßt, als er vom Balkon des Stadthauses herab den Sieg der Arbeiter verkündigte. — Der Sieg der Landarbeiter in den Provinzen Ferrara und Bologna ist um so bemerkenswerther, als die italienische Regierung in jenen Provinzen eine wahre Schreckensherrschaft errichtet hatte. Gegen 12 000 Soldaten waren in das Streikgebiet geworfen, alle Arbeitervereinigungen, sozialistische und rein wirthschaftliche wurden unterdrückt; wer nur irgendwie verdächtig war, die Streikenden zu unterstützen oder mit ihnen zu sympathisiren, wurde verhaftet; die Soldaten wie die Behörden gingen mit der größten Brutalität vor. — Für die Sache des Sozialismus in Italien werden die beiden rasch auf einander folgenden siegreichen Massenstreiks der geknechteten Landbevölkerung eine enorme Förderung sein.

Der Ausstand der belgischen Bergleute ist noch genau auf demselben Fleck. Die Beisitzer der Gewerbe- und Industrieräthe haben im Auftrag der Streikenden den von uns gestern bereits erwähnten Versuch gemacht, um eine Verständigung mit den Unternehmern herbeizuführen, indem sie ein Schreiben an sie richteten. Wie geflissentlich über den Stand des Streiks von den Unternehmern gelogen wird, muß heute der Korrespondent der „Voss. Ztg." selbst zugeben. Wir lassen diese Korrespondenz, soweit wir die darin enthaltenen Thatsachen nicht schon gestern mitgetheilt haben, hier folgen: Es ist ein ganz müßiges Beginnen, Tag für Tag feststellen zu wollen, wie viele hunderte Bergarbeiter im Becken Mons die Arbeit wieder aufgenommen haben. Von den Zechen werden geflissentlich unrichtige Zahlen über die Wiederaufnahme der Arbeit verbreitet. Die „Indép. belge", die mehr auf der Seite der Zechen als auf der der Arbeiter steht, gesteht heute offen ein, daß die Zahl der Ausständigen zwischen 19 000 und 20 000 schwankt. Das genügt, um die Fortdauer des Gesammtausstandes festzustellen. Es steht also alles auf dem alten Flecke. Das „Syndikat der christlichen Bergarbeiter" hat gestern in Paturages eine Volksversammlung abgehalten und zehn Abänderungen in der Arbeitsordnung der Zechen gefordert, ganz wie die sozialistischen Arbeiter. Die Zechen wollen aber nicht nachgeben. Kein Mensch vermag auch nur annähernd das Ende des Ausstandes vorauszusehen. In einem Punkte sind alle einig: ein so friedlicher Ausstand ist in Belgien noch nicht dagewesen.

Soziales.

Arbeiterrisiko. Infolge Reißens des Förderseiles ereignete sich gestern auf dem Zwickauer Brücken-Bergschacht ein bedauerliches Grubenunglück. Beim Schichtwechsel rannte infolge dessen ein schwerbeladener Kohlenhunt in eine Anzahl Arbeiter hinein, von denen der Häner Robert Friebel aus Zwickau sofort getödtet und drei andere schwer verletzt wurden, die man nach dem Krankenstift transportirte.

Für gänzlichen Geschäftsschluß an den Sonntagen während der Sommermonate haben sich mit großer Majorität die Detail-Kaufleute in Annaberg i. S. entschieden und zwar ohne Rücksicht darauf, daß einige wenige Ausnahmen nicht mitthun werden.

Ein Bild aus dem Gegenwartsstaat. In Frankfurt a. M. war eine arme kränkliche Frau, die Frau eines Tischlers, wegen Beleidigung eines geheimen Beamten im Monat März zu zehn Tagen Haft verurtheilt worden. Sie sah damals ihrer Niederkunft entgegen; vor kaum einem Monat sollte sie nun bereits die Haft antreten, erhielt jedoch in Rücksicht auf das Kind, das damals erst sechs Wochen alt war, Strafaufschub bewilligt; aber kurze Zeit darauf wurde sie abermals gemahnt, die Strafhaft anzutreten. Auf ein neues Gesuch um weiteren Aufschub wurde ihr unterm 5. Juli von dem Ersten Staatsanwalt wörtlich folgender Bescheid:

„Der Strafaufschub wird Ihnen nicht bewilligt. Sie können Ihr Kind mit nach Preungesheim nehmen.

v. Reden."

Ein Säugling in Strafhaft. Hier ist, so bemerkt ganz richtig die Frankfurter „Volksstimme", der wir obigen Fall entnehmen, jede weitere kritische Bemerkung überflüssig.

Parteigenossen! Arbeiter!

Im Herbst d. J. finden die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder in die Wählerlisten eingetragene selbständige Einwohner, der seit einem Jahre keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat und mindestens zur zweiten Steuerstufe (660 bis 900 M. Einkommen) eingeschätzt ist.

Die Liste der stimmfähigen Bürger wird vom 15. bis 30. Juli d. J. täglich von 9—3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., zu jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können nur während dieser Zeit schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Ueber die Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Zu einem für die Sozialdemokratie erfolgreichen Ausfall des bevorstehenden Kommunal-Wahlkampfes ist es nothwendig, daß jeder stimmberechtigte Parteigenosse und Arbeiter sich durch Einsichtnahme in die Listen vergewissert, daß er sein Wahlrecht ausüben kann. Wir mahnen daher dringend zur genauesten Kontrolle der Wählerlisten.

Bei der Ausübung dieser Kontrolle wird es sich empfehlen, die letzte Steuerquittung mit zur Stelle zu nehmen, um, sollte die Eintragung versäumt sein, sofort die Nachtragung in die Liste beantragen zu können.

Möge niemand verabsäumen, dieser Pflicht nachzukommen, damit er im stande ist, sein Wahlrecht auszuüben.

Um den Parteigenossen, die keine genügende Zeit zur Einsichnahme in die Wählerlisten übrig haben, die Sache zu erleichtern, haben sich folgende Parteigenossen bereit erklärt, Meldungen entgegenzunehmen, um dann für diese die Einsicht in die Wählerlisten zu besorgen:

II. Wahlkreis.

Kleinert, Zeitungsspediteur, Dennewitzstr. 15. Faller, Schankwirth, Pallasstr. 16. Antrick, Cigarrengeschäft, Steinmetzstr. 60. Werner, Schankwirth, Bülowstr. 59. Kitzing, Belle-Alliancestr. 174. Grube, Mariendorferstraße, Ecke Solmsstraße. Lüdike, Zossenerstr. 10. Imhof, Mittenwalderstr. 16. Reichelt, Hasenhaide 46—47. Paul Müller Gräfestr. 31. Schonheim, Gräfestr. 8. Gwald, Schönleinstraße 6.

IV. Wahlkreis (Osten).

O. Franke, Friedrichsbergerstr. 11. H. Baumgarten, Königsbergerstraße 7. O. Zabel, Frankfurter Allee 90. W. Späth, Weinstr. 28. A. Vogel, Elbingerstr. 9. P. Kodus, Rigaerstraße 127.

IV. Wahlkreis, (Süd-Ost).

Bieberstein, Lausitzer Platz 12a. Dierberg, Forsterstraße 17. Golz, Grünauerstr. 8. Seidler, Ratiborstr. 16. Streit, Naunynstr. 86. Scholz, Wrangelstr. 27. Gesche, Wrangelstr. 58. Mertens, Cuvrystr. 55. Thiele, Zeitungsspedition, Skalitzerstr. 35.

Der Brand am Hausvoigteiplatz.

Ein großes Schadenfeuer brach am Mittwoch, wie wir gestern bereits kurz mittheilten, in der elften Abendstunde am Hausvogtei-Platz aus. Aus dem Hintergebäude des Hauses Nr. 2, in welchem sich die Plüsch- und Krimmerfabrik der Firma Paul Salomon und die Passementriefabrik von Bacher und Leon befinden, stieg eine mächtige Feuersäule empor. Es war etwa ein Viertel nach zehn Uhr, als die erste Lohe und gleich in ungeheurer Ausdehnung aus dem Dache des Hintergebäudes herausschlug, während ein Regen von Feuergarben über die Nachbarhäuser und bis zur Niederwallstraße sich ergoß. Die Größe und Gewalt des Feuers ließen sofort erkennen, daß an eine Rettung des ergriffenen Gebäudes nicht mehr zu denken war, und die Thätigkeit der Feuerwehr sich auf die Sicherung der bedrohten Nebenhäuser, speziell des Waarenlagers von Moritz Levin, nach welchem die Windrichtung die Flammen trieb, und des dahinter liegenden Manheimer'schen Geschäftes richten mußte. Es währte aber eine geraume Zeit, in der die Flammen eine ungeheure Ausdehnung erreichten, ehe die ersten

Feuerwehrleute auf dem Hinterdache des Levin'schen Gebäudes erschienen und nachdem sie mehrmals vor den andringenden Feuer- und Rauchmassen hatten zurückweichen müssen, endlich Posto fassen und den ersten Wasserstrahl in das Gluthmeer dirigiren konnten. Inzwischen war bereits die große Telephonstange auf dem Dache des Vordergebäudes in welchem die Firma Theodor Fränkel ihr Lager und Brasch u. Rothenstein ihre Bureaus haben, mit lautem Krachen mit sammt seinen Drahtgeweben, dem ein Meer von elektrischen Funken entsprühte, zusammengestürzt, und das Uebergreifen des Brandes auf das Vordergebäude war jeden Augenblick zu erwarten. Von allen Seiten kamen neue Löschzüge heran und gingen zum Angriff gegen das Feuer über. Auf dem Hausvogteiplatz und in der Jerusalemerstraße drängte sich eine stets zunehmende Menge, um das in der That trotz seiner Furchtbarkeit erhabene Schauspiel mitanzusehen. Doch wurde der Platz gegen 3/4 11 Uhr durch die Polizei geräumt und die Menschenmassen nach der Jerusalemerstraße zurückgedrängt. So schnell das Feuer entstanden, so gewaltig und drohend auch der erste Ausbruch erschienen war, in so erstaunlich kurzer Zeit war es den Anstrengungen der Feuerwehr, welche in bewunderungswürdiger Weise arbeitete, gelungen, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Schon kurz nach elf Uhr hatte eine Abtheilung Feuerwehrleute auf dem zuerst durch die ungeheure Hitze unzugänglich gewesenen Dache des Vorderhauses Hausvogteiplatz 2 Posto gefaßt und konnte von hier aus dem Feuer zu Leibe rücken. Zu gleicher Zeit wurden die Flammen von der Hinterseite des Levin'schen und des Manheimer'schen Gebäudes bearbeitet, so daß gegen Mitternacht die Gefahr als beseitigt betrachtet werden konnte. Das Hinterhaus mit den Waarenlagern von Salomon und von Bacher u. Leon ist total ausgebrannt.

Die Trümmerhaufen ragen bis zur ersten Etage empor, und noch immer steigt dicker Qualm auf; der erste Zug der Feuerwehr gab gestern Vormittag unausgesetzt Wasser auf die glimmenden Haufen, ohne namhafte Erfolge erzielen zu können. Einen großen Schaden hat die Firma Bacher u. Leon, die bedeutendste Firma in der Passementeriebranche. Die enormen Ordres, die für Amerika und England auszuführen und bereits in Arbeit waren, können, da das gesammte Waarenlager eingeäschert, nicht effektuirt werden, um so weniger, da ein großer Theil der Geschäftsbücher mit verbrannt ist. Der Privatgeldschrank der genannten Firma wurde gerettet. 5 Geldschränke der Firma Salomon befinden sich unter den brennenden Trümmern und sind bis jetzt noch nicht aufgefunden. Wodurch das Feuer entstanden, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Um 6 Uhr nachmittags wurde vorgestern das Geschäft von Bacher u. Leon geschlossen. 2 Stunden später fand auch der Geschäftsschluß bei Salomon und Moritz Levin statt. Das Feuer muß mindestens 2 Stunden, bevor es entdeckt wurde, geschwelt haben, doch scheint es wunderbar, daß die Insassen des Vorderhauses weder Qualm noch Feuerschein bemerkt haben. Erst gegen 10 Uhr bemerkten Passanten, daß eine dicke Rauchwolke aus dem Grundstück Hausvogteiplatz 2 emporstieg; jedoch eine Viertel Stunde später erst wurde das Feuer nach der Zentrale in der Lindenstraße gemeldet, und zwar mit dem Bemerken, daß es bei B. Manheimer brenne. Von dem Haupt-Feuerwehrdepot wurde nun die Meldung „Großfeuer" nach allen Wachen weitergegeben, weil man annahm, daß die vis-à-vis gelegene Reichsbank gefährdet sei.

Trotz der ungünstigen Lage des Brandherdes, trotz der entsetzlichen Hitze und des verqualmenden Rauches wurde das Feuer durch die aufopfernde Thätigkeit der Löschmannschaften in noch nicht zwei Stunden bewältigt. Dazu kam noch, daß man sehr mit Wassermangel zu kämpfen hatte. Die Hydranten, welche die fünf Dampfspritzen zu speisen hatten, waren nicht im stande, die genügende Quantität Wasser herzugeben und die Wasserwagen der Handdruckspritzen mußten erst von weiter Entfernung das Wasser holen. Der Schaden, den das Feuer angerichtet hat, ist sehr bedeutend.

Auf der Brandstätte erschien am Donnerstag nachmittags um 4 Uhr auch der Baumeister Albert Böhm aus der Jägerstr. 27, um im Auftrage der Firma Bacher u. Leon die Mauerreste auf ihre Festigkeit zu prüfen. Der Untersuchung wohnten auch Branddirektor Giersberg und Brandmeister Schulenburg bei. Man kam zu dem Ergebniß, daß die weiteren Ablöschungs- und die Aufräumungsarbeiten eingestellt werden mußten, da die Mauerreste jeden Augenblick den Einsturz drohten, weil im Innern die ganze Holzkonstruktion ausgebrannt ist und die Mauern sich nur auf eine bis zum ersten Stock hinaufragende Grundmauer stützen, die aber ebenfalls schon halb durchbrochen ist. Man muß daher den Einsturz abwarten oder das Gebäude sprengen, da ein Abbruch von oben von den Nachbarhäusern aus nicht gut angeht. Die Brandstelle wurde daher vollständig gesperrt.

Ein unabsehbares Unglück ist bei dem großen Brande — so wird uns von einem Leser berichtet — durch die Ruhe und Besonnenheit eines Angestellten der Firma Manneimer rechtzeitig verhütet worden. Der Kalkulator Richard Bendheim, welcher als einer der ersten auf der Brandstelle erschien, traf dortselbst schon den im Hause wohnenden ersten Prokuristen der Firma Manheimer, Herrn van Deuren, in begreiflicher Aufregung vor. Von diesem erhielt Bendheim die Schlüssel zu den Geschäftsräumen und führte alsdann die zuerst erschienenen Feuerwehrleute etwa 10—12 Mann durch das Wirrwar von Geschäftsräumen hindurch. Sofort nach Betreten der Räumlichkeiten hatte Bendheim die elektrische Beleuchtung in Thätigkeit gesetzt und führte nunmehr die eisernen Thüren öffnend, die die einzelnen Geschäftsabtheilungen dieses großen Hauses feuersicher von einander abschließen, nach dem am meisten gefährdeten Theil des Gebäudes. An diesem nämlich der großen Brandmauer, welche die hinteren Räume des Manheimer'schen Geschäftshauses von dem eigentlichen Brandherde dem Geschäftshause von Bacher u. Leon trennt, schlugen ihnen bereits die hellen Flammen entgegen. Vor allen Dingen ist es dem rechtzeitigen Eingreifen der Feuerwehr gerade an dieser Stelle, die nur durch die Führung eines Eingeweihten so schnell erreicht werden konnte zu danken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt blieb und nicht weiter in die so bedrohten Räume der Firma Manheimer eindringen konnte.

Gerichts-Zeitung.

Ein trauriges Bild bot eine Verhandlung, welche gestern vor der III. Ferienstrafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsraths Braun stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich die drei Gemeindeschüler Karl Beier, Gustav Wilke und Wilhelm Matz, Knaben, welche soeben das strafmündige Alter erreicht haben. Beier und Matz sind bereits wegen Diebstahls vorbestraft. Jetzt war das jugendliche Kleeblatt beschuldigt, Monate hindurch die Straßen Berlins durch Diebstähle aller Art unsicher gemacht zu haben. Die Angeklagten haben so viele Diebstähle begangen, daß sie die Zahl der Fälle garnicht anzugeben vermögen. Sie dehnten ihre Raubzüge über die ganze Stadt aus, aber besonders wurden die verkehrsreichen Straßen des Nordens von ihnen heimgesucht, wo die Kaufleute ihre Waaren bis hart an den Bürgersteig auszustellen pflegen. Eier, Apfelsinen, Schlitten, Wein, seidene Halstücher, Schrubber und Besen, kurz alles was erreichbar war, ersah sich die jugendliche Diebesbande zur Beute. In zwei Fällen wurden Schaukasten von den Angeklagten erbrochen und daraus Uhrketten und zwei Manschettenknöpfe gestohlen. Während der Verhandlung zeigten die Knaben das Verhalten alter Verbrecher und bewiesen, daß sie schon eine erhebliche Gesetzeskenntniß sich angeeignet hatten. So wollten sie anfänglich nur die Diebstähle an den Eßwaaren zugeben, wohl wissend, daß sie dieserhalb nur wegen Mundraub bestraft werden konnten. Erst nach und nach räumten sie sämmtliche Fälle ein. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die Angeklagten das Material für künftige Zuchthäusler lieferten, nur eine längere Gefängnißstrafe könne sie vielleicht noch auf den richtigen Weg bringen. Er beantrage gegen Beier ein Jahr, gegen Wilke drei und gegen Matz sechs Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage.

In Sachen der neuen Polizeiverordnung betreffend die Sonntagsruhe hat die Strafkammer als Berufungsgericht jetzt schon wieder zu gunsten eines angeklagten Gastwirths entschieden und sogar auch die demselben entstandenen Kosten der Staatskasse auferlegt. Der Thatbestand ist folgender: Am 1. Pfingstfeiertag hatte in dem Saale des in Rummelsburg wohnenden Gastwirthes ein Verein eine Festlichkeit veranstaltet und nach 12 Uhr nachts noch ein kleines Tanzvergnügen arrangirt. Infolgedessen wurden sowohl der Vorsitzende des Vereins wie der Wirth von dem Amtsvorsteher mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht. Der Wirth beantragte richterliche Entscheidung und wurde auch vom Schöffengericht freigesprochen. Die hiergegen seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung ist nun am 7. d. M. von der Strafkammer verworfen und die Kosten der Vertheidigung sind der Staatskasse auferlegt worden.

Der Fabrikant Karl Volkholz in Apolda wurde vor etwa Jahresfrist unter dem Verdacht der gewerbsmäßigen Hehlerei verhaftet und, nachdem er sich fast ein Jahr in Untersuchungshaft befunden, vom Landgericht zu Weimar zu vier Jahren Zuchthaus, zehnjährigem Ehrverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht verurtheilt. Das Reichsgericht hob infolge der eingelegten Revision das erste Urtheil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die Vorinstanz zurück. Das Resultat war die Herabsetzung der Strafe auf 2 Jahre Zuchthaus. Jetzt ist der Angeklagte, wie der „Konfektionär" mittheilt, im Wege des Wiederaufnahme-Verfahrens völlig freigesprochen worden.

Der durch seine Broschüre und verschiedene Prozesse bekannt gewordene Bauer Kuhnle aus Beutelsbach in Württemberg, der durch den jetzt suspendirten Schultheiß Schlör ins Irrenhaus geschickt wurde, hat jetzt beim Landgericht Ellwangen Wiederaufnahme des früheren Verfahrens beantragt. Nach dem Verlauf und dem Urtheil des Prozesses Schlör kontra Verlagsbuchhändler Rob. Lutz hat er die besten Aussichten auf Erfolg.

Die von der Staatsanwaltschaft und den Gerichten künstlich konstruirten Vereine nehmen immer mehr überhand. Das Kammergericht hat gestern abermals eine derartige Gründung zum Abschluß gebracht. Im Dezember 1892 wurde in Breslau der dortige Allgemeine Arbeiterinnen-Verein gerichtlich geschlossen, obwohl der Verein nur bezweckte, das Wohl der Arbeiterinnen zu fördern, und trotzdem er statutarisch die Beschäftigung mit Politik und Religion ablehnte. Das Gericht nahm an, der wirkliche Zweck sei der gewesen, die Frauen der sozialdemokratischen Partei zuzuführen, ergo habe man es mit einem gesetzwidrigen politischen Frauenverein zu thun. Als dann später die proletarische Frauenbewegung in Breslau einen Aufschwung nahm, wurden die Genossinnen Geiser und Kaiser, die sich darum besonders verdient gemacht hatten, zu Vertrauenspersonen gewählt. Sie beriefen im Laufe der Zeit eine Anzahl öffentlicher Frauenversammlungen ein, in denen auch, was durchaus gesetzlich war, politische Angelegenheiten gelegentlich berührt wurden. Beide leiteten die Agitation unter den Frauen Breslau's, sie hatten deshalb auch die gesammelten Gelder zu verwalten. Selbstverständlich übte die Gesammtheit, wie überall in der Arbeiterbewegung, durch öffentlich damit betraute Revisoren die Kontrolle aus. Nachdem das so eine Weile gegangen war, hatte die Staatsanwaltschaft glücklich entdeckt, daß Frau Geiser und Frau Kaiser mit den drei Revisorinnen einen politischen Verein bildeten und daß dieser „Verein" nichts anderes sei, als eine Fortsetzung des geschlossenen Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins. Darauf neue Attacke auf die Frauenbewegung. Die Angeklagten sollten sich gegen die §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes vergangen haben. Was die Fortsetzung des geschlossenen Vereins betrifft, so glaubte die berufene Vertreterin der Staatsinteressen daran einen werthvollen Anhalt zu haben, daß die Angeklagten in dem Arbeiterinnenverein hervorragend thätig gewesen waren. Schöffengericht und Strafkammer verurtheilte sie denn auch zu je 100 M. event. 20 Tage Gefängniß. Es läge ein Verein vor, wenn er auch keinen Namen habe, und zwar ein Verein mit politischen Bestrebungen, wie die von ihm einberufenen öffentlichen Versammlungen ergeben hätten. Fünf Personen könnten sehr wohl als ein Verein angesehen werden. Es bestehe entschieden eine dauernde Vereinigung mit einem Willen und bestimmten Absichten, und die Angeklagten nähmen darin leitende Stellungen ein. Er verfolge auch dieselben Zwecke wie der geschlossene Verein und stelle sich als dessen Fortsetzung dar. In ihrer Revision hoben die Angeklagten hervor, der Begriff des „Vereins" sei total verkannt worden. Die Revisorinnen kämen überhaupt nicht in betracht, sie prüften lediglich die Einnahmen und Ausgaben. Schließlich fehle jede Verbindung zwischen den Vertrauenspersonen der proletarischen Frauen Breslau's und dem ehemaligen Allgemeinen Arbeiterinnenverein. Der Strafsenat des Kammergerichts wies jedoch die Revision gestern mit der Begründung zurück, daß der Vorderrichter weder den Begriff des Vereins, noch sonst die Rechtslage verkannt habe.

Versammlungen.

Die Maurer hielten am Mittwoch zwei Versammlungen ab mit der Tagesordnung: Situationsbericht über die Lohnbewegung; Stellungnahme zu dem Arbeitsnachweis für das Baugewerbe.

In der Bock-Brauerei, wo ein guter Besuch zu verzeichnen war, referirte Silberschmidt. Er führte unter anderem aus: Nach dem ersten Versuch einer größeren Baufirma, den zugestandenen Lohn von 60 Pf. wieder zurückzugehen, sind andere gefolgt, aber man könne sagen, daß diese Versuche nur Versuche geblieben sind. In den meisten Fällen haben die Maurer den Vorstoß der Unternehmer mit einmüthiger Arbeitsniederlegung beantwortet. Infolge dessen hat der Unternehmer eines Baues, wo die Firma Lachmann u. Zauber die Maurerarbeit hatte, den streikenden Maurern die Forderung bewilligt. Auf zwei Bauten der Firma Held u. Franke wurde bereits wenige Stunden nach der Arbeitsniederlegung die zurückgezogene Forderung wieder zugestanden, ebenso hatte der Unternehmer Matthäus sich genöthigt gesehen, die angekündigte Lohnreduktion nicht eintreten zu lassen. Neben diesen Erfolgen sei jedoch auch insofern ein Mißerfolg zu verzeichnen, als eine Bausperre am Kottbuser Damm nicht aufrecht erhalten werden konnte, weil der Bau unmittelbar nach erfolgter Arbeitsniederlegung von einer Anzahl von Polizeibeamten in Zivil und in Uniform aufs strengste bewacht und die Kontrolle seitens der Streikenden unmöglich gemacht wurde. Unter diesen Umständen habe man keine Ursache, sich dieses Mißerfolges zu schämen. Im übrigen könne man mit den Erfolgen der Lohnbewegung zufrieden sein. Die Streiks von 1885 und 1889 hätten durch lange Dauer die Kräfte der Kollegen sehr erschöpft. Anders sei es in der gegenwärtigen Bewegung. Die Stimmung und die Kampfesfreudigkeit der Maurer sei noch ungeschwächt, außerdem gebe es zur Zeit so reichliche Arbeitsgelegenheit, wie es sonst in dieser Jahreszeit noch nie der Fall gewesen sei. Es empfehle sich daher, die bisherige Kampfesweise fortzuführen, bis die Forderungen überall durchgesetzt sind. Ohne wesentliche Diskussion nahm die Versammlung eine Resolution folgenden Inhalts an: Die Versammelten sind der Ansicht, daß die Berliner Maurer wohl in der Lage sind, dem Anprall des Unternehmerthums zu widerstehen; sie verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß überall, wo die Forderungen der Maurer gekürzt werden, die Kollegen durch einmüthige Arbeitsniederlegung Protest erheben und die Arbeit nicht eher aufnehmen, bis die Forderungen unverkürzt bewilligt sind. Da die Ausgaben sich in der letzten Zeit gemindert haben, wird der Beitrag zum Streikfonds bis auf weiteres auf 50 Pf. pro Woche herabgesetzt.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wies Silberschmidt darauf hin, daß die Innungen, und namentlich die des Baugewerbes von jeher bestrebt waren, das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen, daß unter anderen Mitteln auch die Arbeitsnachweise dazu benutzt werden, mißliebige Arbeiter auszusperren. Mit Recht hätten nun die Kollegen den von dem Bund der Bau- Maurer- und Zimmermeister errichteten Arbeitsnachweis mit Mißtrauen betrachtet. Was der Zweck desselben sei, das habe die „Baugewerks-Ztg." offen ausgesprochen: Die unbotmäßigen Gesellen — d. h. solche, welche in der gewerkschaftlichen Bewegung für ihre und ihrer Kollegen Interessen eintreten — sollen von den Arbeitsstellen fern gehalten und die „von der Lohnkommission boykottirten Meister" mit Arbeitskräften versehen werden. Da dies der ausgesprochene Zweck des Arbeitsnachweises sei, so habe jeder Maurer die Pflicht, diesen Nachweis so lange zu meiden, bis die Verwaltung desselben eine Garantie für unparteiische Arbeitsvermittelung biete. Der Redner empfahl eine Resolution, in der es unter anderen heißt: Die Versammlung erblickt in dem von der Innung gegründeten Arbeitsnachweis eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen, da derselbe dazu dient, arbeitswillige Kollegen nach gesperrten Bauten zu dirigiren, auch das System der schwarzen Listen voraussichtlich eingeführt wird, wodurch die thätigsten Kollegen von der Arbeit ausgeschlossen und die schwer erkämpften Forderungen illusorisch gemacht werden können. Die Versammlung verkennt nicht den Werth eines guten Arbeitsnachweises, sieht aber ihre Rechte nur in einem solchen gewahrt, der auch von Arbeitnehmern mitverwaltet wird. Die Maurer verpflichten sich daher, diesen Arbeitsnachweis nicht zu benutzen. Nachdem mehrere Redner sich im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten, wurde sowohl die vorerwähnte Resolution wie eine andere ähnlichen Inhalts angenommen; letztere verpflichtet insbesondere die Lohnkommission, für strengste Durchführung des Beschlusses Sorge zu tragen, auch soll in der nächsten Versammlung die Frage des Arbeitsnachweises eingehend behandelt werden.

Im „Kösliner Hof" berichtete das Mitglied der Lohnkommission Metzke über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Nach den Ausführungen des Redners, der die Vorkommnisse in der letzten Zeit auf den einzelnen Bauten eingehend beleuchtete und das Vorgehen verschiedener Baufirmen einer herben Kritik unterzog, sind die bisher erzielten Resultate recht günstige für die Berliner Maurer. Die nach Beendigung der offiziellen Lohnbewegung eingeschlagene Taktik, der partielle Kampf, der zur geeigneten Zeit und unter Beachtung der Nebenumstände auf mehreren Stellen aufgenommen wurde, hat sich äußerst gut bewährt und nachhaltige Erfolge gezeitigt. Durch das einmüthige Zusammenhalten der Maurer wurde bei mehreren Firmen schon nach kurzer Arbeitsruhe, die mitunter nur einige Stunden dauerte, die gestellte Forderung bewilligt. Im allgemeinen sind die den Unternehmern zur Verfügung stehenden „Arbeitswilligen" Elemente, die in regulären Zeiten fast nie arbeiten und nur als Schaustücke benutzt werden, um den Anschein zu erwecken, daß der Bau besetzt ist, damit die Arbeiter von ihrer Forderung Abstand nehmen. Der Redner, der die Versammelten aufforderte, in der bisherigen Weise weiter zu handeln, empfiehlt sodann die von der Lohnkommission vorgeschlagene, beiden Versammlungen vorliegende Resolution, in der unter anderem die Berliner Maurer verpflichtet werden, mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung der errungenen Arbeitsbedingungen einzutreten, und im weiteren die Herabsetzung des wöchentlichen Beitrages zum Streikfonds auf 50 Pf. vorschlägt. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Beiersdorf, Seefeld, Kater u. a. betheiligen, wurde das Verhalten der Unternehmer nach verschiedener Richtung kritisirt und der erste Theil der Resolution zur Annahme empfohlen. Gegen die Herabsetzung des Beitrages zum Streikfonds wandten sich aber fast alle Redner. Schließlich wurde die Resolution im ersten Theil einstimmig und die Reduzirung des Beitrages gegen mehrere Stimmen angenommen. Nach kurzer Debatte über den von der Innung eingerichteten Arbeitsnachweis, gegen dessen Benutzung sich alle Redner ausgesprochen haben, gelangte auch hier die Resolution, nach welcher der Arbeitsnachweis auf das strengste gemieden werden soll, zur einstimmigen Annahme. Unter Gewerkschaftlichem ersucht Metzke die Versammelten, die Abstempelung der Streikkarten in allernächster Zeit vornehmen zu lassen. Nach Erledigung einiger Anfragen und Mittheilungen wurden zum Schluß die auf dem Boden der Vertrauensmänner-Zentralisation stehenden Maurer zum regen Besuch der am Donnerstag bei Gründel, Brunnenstraße 188, stattfindenden Versammlung aufgefordert.

Der Verband der Möbelpolirer (Filiale Norden) hielt am Montag, den 12. d. M. im Swinemünder Gesellschaftshause seine regelmäßige Versammlung ab. Schulz sprach sich dahin aus, daß in Zukunft nicht organisirte Kollegen bei Maßregelungen u. s. w. nicht mehr unterstützt werden sollen, indem derselbe darauf hinwies, daß gerade diejenigen, welche keinen Groschen für die Organisation übrig haben, in solchen Fällen die ersten seien, welche die Organisation als melkende Kuh betrachten. Es traten mehrere Redner den Ausführungen bei, waren aber der Meinung, daß mindestens in allen derartigen Fällen Untersuchungen angestellt werden, ob Unterstützungen gegeben oder nicht gegeben werden können. Nach Aufforderung um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch der Generalversammlung, welche am Montag, den 19. d. M. bei Keller, Koppenstraße, stattfindet, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Filiale 1 des Textilarbeiter-Verbandes hielt am 13. d. M. bei Keller in der Koppenstraße ihre Versammlung ab, in der Hoffmann einen Vortrag über „die moderne Ehe" hielt. Hierauf erstattete der Kassirer den Kassenbericht vom 2. Quartal 1897. Danach war Bestand 631,62 M., Ausgabe 501,60 M., bleibt Bestand 130,02 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit des Vorgetragenen und wird hierauf dem Kassirer Decharge ertheilt. Unter Verschiedenem wird vom Kassirer die Regelung der Mitgliedsbücher in betreff der Beitragsmarken angeregt. Die Versammlung überweist dieses dem Vorstande. Zum Schluß bringt Kollege Quast noch das Stiftungsfest am 7. August in der Brauerei Friedrichshain in Erinnerung und theilt mit, daß die Billets jetzt zur Ausgabe gelangen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Lausanne, 15. Juli. (W. T. B.) Der Waadtländische Kantonsrath genehmigte in der heutigen außerordentlichen Session in erster Lesung die Vorlage auf Gewährung einer Subvention von 4 Millionen Francs zum Simplondurchstich.

Rom, 15. Juli. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer nahm in geheimer Abstimmung die gestern berathenen sieben Vorlagen an und vertagte sich bis zum November. Durch die Vertagung bleibt die Frage der Giltigkeit der Wahl Cipriani's unentschieden.

London, 15. Juli. (W. T. B.) Unterhaus. Der Erste Lord des Schatzes Balfour spricht sich dagegen aus, einen Tag zur Berathung des von dem Südafrika-Komitee eingereichten Berichtes anzuberaumen, da das Verlangen ungewöhnlich sei; auch sei nicht einzusehen, welchem nützlichen und öffentlichen Zwecke durch eine allgemeine Berathung des Berichts gedient werde. (Beifall bei den Ministeriellen, ironischer Beifall bei den Radikalen und Irländern.) Das Mitglied des Unterhauses Stanhope kündigt an, er werde nach der Vertheilung des Berichts Mittel finden, diese Frage nochmals aufzuwerfen.

London, 15. Juli. (W. H.) Aus New-York wird „Daily Mail" gemeldet, daß infolge des Bruchs des Hudson-Dammes das Dorf Newjingea vollständig zerstört wurde. Viele Familen sind obdachlos.

Konstantinopel, 15. Juli. (W. H.) Auf dringendes Anrathen des französischen Botschafters, welcher gestern beim Sultan dinirte, erklärte letzterer in einem eiligst im Palais zusammenberufenen Ministerrath, daß er sich dem Willen der Mächte fügen müsse und den raschen Abschluß des Friedens anbefehle. Auf die Bemerkung des Großveziers, daß der Friedensschluß nur unter Festhaltung der Paneislinie von der mohamedanischen Bevölkerung gutgeheißen werden würde, ermächtigte der Sultan nochmals den Minister des Aeußern, bei den Großmächten in diesem Sinne zu interveniren. In Palastkreisen ist man der Ansicht, daß der Friedensschluß nur noch eine Frage kurzer Dauer sei, und daß der Ministerrath bereits in seiner morgigen Sitzung die Räumung Thessaliens beschließen werde. — Um eventuell Demonstrationen der muselmännischen Bevölkerung im Keime zu ersticken, werden in der Hauptstadt die schärfsten Sicherheitsmaßregeln getroffen. Die Garnison soll beträchtlich verstärkt werden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Lokales.

Wie ein Verweis entsteht. Der Bureaukratismus unserer Verwaltungsbehörden, der schon manche herbe Kritik in der Oeffentlichkeit erfahren hat, treibt immer noch sein lustiges Spiel. Manches alte Möbel mag wohl mit den Jahren langsam beseitigt sein, aber daß von diesem alten Inventar noch viel vorhanden ist, zeigt folgendes Schema aus dem Bereiche der Post, das von der „Köln. Volksztg." veröffentlicht wird:

P. P. I. X., 10. Juli 1897. Gehorsame Meldung! Dem Kaiserlichen Postamte zeige ich gehorsamst an, daß der Posthilfsbote Schmitz heute seinen Dienst anstatt um 8 Uhr um 8 Uhr 5 angetreten hat. Schulz, Postsekretär. Gehorsamst vorgelegt. Stelle I (Briefannahme). Müller.

II. X., 11. Juli 1897. Eine Anlage. Vorzulegen dem Herrn Oberpostsekretär Müller (Stelle I), um den Posthilfsboten Schmitz verhandlungsschriftlich zu vernehmen. Schäfer, Postdirektor.

III. Verhandelt X., 11. Juli 1897. Posthilfsbote Schmitz, mit dem Gegenstande seiner Vernehmung bekannt gemacht, erklärt pflichtgemäß: Ich habe mich am genannten Tage leider verschlafen. Ich bedauere meinen Fehler und verspreche, nächstens pünktlicher zu sein. V. g. u. Schmitz, Posthilfsbote. G. w. o. Müller, Oberpostsekretär.

IV. X., den 12. Juli 1897. Zwei Anlagen. Dem Postamte mit der entstandenen Verhandlungsschrift gehorsamst zurückgereicht. Müller, Oberpostsekretär.

V. X., 12. Juli 1897. Vorzuzeigen dem Oberpostsekretär Müller, um dem bei der Brief-Annahme beschäftigten Posthilfsboten Schmitz in meinem Auftrag durch besondere Verhandlungsschrift einen „Verweis" zu ertheilen. Im Wiederholungsfalle werde ich eine Geldstrafe über Schmitz verhängen. Zu den Personal-Akten des Schmitz. Schaefer, Postdirektor.

VI. X., 13. Juli 1897. Im Auftrage des Herrn Postdirektors wird dem Posthilfsboten Schmitz wegen seines Zuspätkommens von fünf Minuten ein „Verweis" ertheilt. Im Wiederholungsfalle tritt Geldstrafe ein. V. g. u. Schmitz, Posthilfsbote. Müller, Ober-Postsekretär.

Das ist ja eine wahre Seeschlange von Meldungen, Anlagen, Verhandlungen, Aufträgen und Vernehmungen, um endlich zu einem Verweis zu kommen. Und das alles wegen 5 Minuten Verspätung eines Posthilfsboten!

Die polizeiliche Ausführung der Bundesraths-Verordnung über die Konfektions-Werkstätten soll angeblich sehr scharf gehandhabt werden. Die Polizei macht, wie dem „Konfektionär" mitgetheilt wird, in der Auslegung des Gesetzes keinen Unterschied zwischen Detail- und Engros-Geschäften, obgleich die Verordnung nur von Werkstätten, die im Großen betrieben werden, handelt. Am vergangenen Sonnabend haben Schutzleute kategorisch den Schluß der Arbeitsstuben in Konfektionsgeschäften en detail um 5½ Uhr nachmittags angeordnet.

Das Blatt stellt dann in Aussicht, daß, sollten Beschwerden nicht helfen, eine richterliche Entscheidung herbeigeführt würde, ob in Detailgeschäften die Arbeitsstuben gleichfalls diesen Bestimmungen unterliegen.

Nach unserer Meinung werden diese Arbeitsstuben in den meisten Fällen zu denjenigen gehören, auf die die Bestimmungen der Bundesrath-Verordnung Anwendung finden müssen. Ausgeschlossen erscheinen uns nur Heimarbeiter, die blos mit Familienmitgliedern arbeiten und die sogenannten Maaßgeschäfte. Da wo auf Lager gearbeitet wird und Zwischenmeister ihre Arbeitsstuben eingerichtet haben, dürfte die Geltung der Verordnung zweifellos sein. Würden diese Geschäfte ausscheiden, dann müßte nach einer Werkstatt gesucht werden, für die die Bundesraths-Verordnung anwendbar wäre.

Ein netter Dienstherr scheint nach der „Staatsbg. Ztg." der Kaufmann B. Aftergut, Urbanstr. 80, zu sein. Die bei ihm in Dienst stehende Anna W. halte, seit seine Frau im Bade ist, viel von den Nachstellungen ihres Dienstherrn zu leiden. Da sie allen Verlockungen gegenüber standhaft blieb, so suchte Aftergut seine unlauteren Zwecke durch List zu erreichen. Als das Mädchen am Sonntag, den 4. d. M., vom einem Ausgange zurückkehrte, fand es das Schloß seiner Kammer verdorben, so daß es ihm nicht möglich war, sich, wie es sonst zu thun pflegte, einzuriegeln. Nachdem die W. sich niedergelegt hatte und eingeschlafen war, wurde sie plötzlich wieder dadurch geweckt, daß jemand in ihre Kammer trat. Es war ihr Dienstherr Aftergut, der im leichtesten Kostüme ihr einen Besuch abstattete. Auf die lauten Hilferufe des Mädchens, das sich gegen die schamlose Zudringlichkeit Aftergut's nach Kräften wehrte, kam zum Glück ein in der Wohnung schlafender Buchhalter dazu und Aftergut zog es vor, wieder zu verschwinden. Natürlich verließ das Mädchen noch an demselben Morgen den Dienst, und Aftergut bequemte sich auch, ihm Lohn und Kost für den Monat zu zahlen; aber er behielt die Sachen des Mädchens ein. Da es dem Mädchen gelang, schon zum 15. wieder einen Dienst zu bekommen, diesen aber nicht antreten kann, ohne seine Sachen zu haben, so versuchte das Mädchen mit Hilfe der Polizei, die Herausgabe seiner Sachen zu erzielen; aber vergeblich. Obgleich A. darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er noch für einen weiteren Monat werde Lohn- und Kostgeld bezahlen müssen, verweigerte A. die Herausgabe der Sachen mit dem Bemerken, daß er schon bezahlen werde.

Dieser Vorgang, der durchaus nicht vereinzelt dasteht, wirft wieder ein bezeichnendes Licht auf die sittlichen Gefahren, denen junge Mädchen in Dienstbotenstellungen ausgesetzt sind. Und solche Herrschaften sind berufen, die mittelalterliche Gesinde-Ordnung zu handhaben. Nette Zustände!

Dr. jur. Paul Hempel, der Geschäftsführer der Firma B. Brigl, Verlegerin der „Täglichen Rundschau", ist gestern im Alter von kaum vierundvierzig Jahren gestorben.

Der Musikschriftsteller Wilhelm Lakowitz ist am 12. d. M. aus dem Verein Berliner Presse ausgeschieden, nachdem gegen ihn auf grund der Ergebnisse der am 21. v. M. stattgehabten Verhandlung in der Beleidigungsklage Tappert und Lakowitz kontra Kerr das ehrengerichtliche Verfahren durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes genannten Vereins eröffnet worden war.

Dr. Bruno Wille ist, wie nunmehr berichtet wird, gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 2000 Gulden aus der Untersuchungshaft in Graz entlassen. Die Vertheidigung hat ein Anwalt in Graz übernommen.

Etwa sechzig stattliche Linden der nach Treptow führenden Allee im Schlesischen Busch sind vertrocknet. In langen Reihen zu beiden Seiten stehen sie laublos da. Als Ursache der unliebsamen Erscheinung dürfte die im vorigen Jahre anläßlich der Gewerbe-Ausstellung erfolgte Befestigung und Beschüttung der Promenadenwege anzusehen sein, vielleicht in Verbindung mit dem gleichzeitig gelegten undurchlässigen Pflaster des Fahrdammes.

Eine unglückliche Fahrt hatte vorgestern der Bierfahrer Ferdinand Kerstein aus der Landsberger Allee 140. Nachmittags um 3½ Uhr wollte er auf seinem Wagen nach Falkenberg fahren und nahm seinen neunjährigen Sohn Ewald mit. Hinter Weißensee schlug er einen Feldweg ein und mußte nun über eine Anhöhe hinwegfahren. Bei der Abfahrt ging ein Rad über einen Stein und es gab infolge dessen einen so heftigen Stoß, daß der Knabe vom Wagen herabgeschleudert wurde. Zum Unglück fiel er gerade vor ein Rad. Dieses ging über ihn hinweg und zerquetschte ihm den Brustkasten. Der Vater hob den Verunglückten wieder auf den Wagen und fuhr nach Hause zurück. Obwohl gleich ein Arzt zugezogen wurde, war das junge Leben doch nicht mehr zu retten.

Die diesjährigen Asphaltirungsarbeiten auf der Charlottenburger Chaussee, welche erst Mitte Mai dieses Jahres wieder aufgenommen wurden, haben bereits ihr Ende erreicht, nachdem die kurze Strecke von der Sieges-Allee bis zum Kleinen Stern in der knappen Zeit von kaum zwei Monaten mit Asphalt belegt worden ist. Augenblicklich ist man mit der Regulirung der zu beiden Seiten des Fahrdammes liegenden Fußwege und des sich an der Südseite hinziehenden Reitweges beschäftigt. Auf der Nordseite werden auf dem großen Fußwege, der früher bei Regenwetter nur schwer zu passiren war, vor und hinter der nach dem Damme zu stehenden Baumreihe breite Streifen von Mosaikpflaster angelegt. Auf der Südseite sind die alten häßlichen Gräben, in denen sich früher das abfließende Regenwasser sammelte, zugeschüttet worden. Sehr seltsam berührt es aber, daß gegenwärtig der zwischen dem Kleinen und dem Großen Stern liegende Theil der Charlottenburger Chaussee, der erst im nächsten Jahre asphaltirt werden soll, durch Aufschüttung von kleinen Steinen noch einmal gründlich ausgebessert wird. Und es muß daher die Frage aufgeworfen werden, weshalb nicht auch auf dieser kurzen Strecke, die bereits im vorigen Jahre vollständig kanalisirt worden ist, die Asphaltirung noch in diesem Sommer vorgenommen worden ist, umsomehr, als noch hinreichend Zeit vorhanden gewesen wäre, die Arbeiten vor Eintritt des Herbstes zu beendigen.

Unfälle im Straßenverkehr. Vor dem Hause Nr. 123 der Straße Alt-Moabit verunglückte der radfahrende Schüler Wilhelm Schulz aus Charlottenburg dadurch, daß er mit seinem Zweirad auf dem nassen Asphalt stürzte und unter die Pferde eines Wagens der Landbrotbäckerei von Fritz Barfeko—Reinickendorf geschleudert wurde. Er erlitt durch Huftritte eine Quetschung und eine Wunde an der linken Hand. Auf der Unfallstation IV wurde ihm ein Nothverband angelegt.

Straßensperrung. Die Landgrafenstraße von der Wichmannstraße bis zum Lützowufer wird behufs Asphaltirung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres gesperrt.

Aus den Nachbarorten.

Eine besondere Art, Versammlungen zu verbieten, hat der Herr Amtsvorsteher von Zehlendorf. Meldete da am 4. Juli einer unserer Parteigenossen im Lokal von Dohrmann eine Versammlung an und verlangte — wie nach dem Vereinsgesetz vorgeschrieben — die Bescheinigung über jene Anmeldung. Darauf erhält er von genanntem Herrn folgendes Schreiben:

Die mit Ihrem Schreiben vom 4. d. M. geforderte Bescheinigung vermag ich nicht zu ertheilen, da mir das von Ihnen bezeichnete Lokal als öffentlicher Versammlungsraum nicht bekannt ist.

Unterschrift unleserlich.

Was nun? — Der Herr Amtsvorsteher kennt in Zehlendorf das betreffende Lokal nicht, dagegen läßt sich wenig einwenden. Entweder nimmt er regelmäßig an bestimmter Stätte seinen Schoppen am Stammtisch ein oder er meidet das Wirthshaus gänzlich. Lokalkenntnisse scheinen uns aber für die Ausübung seines Amtes auch gar nicht nothwendig und diese Unkenntniß würden wir ihm sehr verzeihen. Was wir ihm nicht verzeihen können, ist die Art, in der er den Einberufer der Versammlung abfertigt, denn auf die Anzeige der Versammlung mußte die Bescheinigung erfolgen, und die Unkenntniß im Wirthshausleben ist noch kein Grund für Versammlungsverbote. Ja, in der Beziehung geht der Herr Amtsvorsteher noch über das werdende Vereinsgesetz hinaus, solche Gründe scheinen selbst den eifrigen Förderern dieser Sache im Abgeordnetenhaus bisher unbekannt geblieben zu sein.

Ein „Hauptquartier" hat die Heilsarmee jetzt auch in dem benachbarten Schöneberg und zwar in dem Heim des Kindergartens an der Bahnstraße aufgeschlagen. Hier kann man jetzt täglich 30—50 Soldaten der Heilsarmee in ihren phantastischen Kostümen das Quartier verlassen sehen, bewaffnet mit großen Packeten, welche den „Kriegsruf" enthalten. Dieser wird theils auf der Straße den Passanten zum Kauf angeboten, theils aber gehen die Soldaten und Soldatinnen damit in die Häuser, um auch dort das Blatt an den Mann zu bringen. Und abends sieht man die Gottesstreiter friedlich beschäftigt mit Milchkannen oder Körben umherlaufen, um in den umliegenden Läden ihre Einkäufe zu machen; oder sie kommen und gehen mit großen Schmortöpfen, die bestimmt zu sein scheinen, ganze Schwadronen abzufüttern. Doch nicht nur in Schöneberg, sondern auch in den anderen westlichen Vororten macht sich die Heilsarmee immer mehr bemerkbar. Mithin scheinen ihre Führer diese Gegend als ein günstiges Feld für ihre Thätigkeit anzusehen. — Die Dummen werden eben nie alle.

Der Bau einer elektrischen Kraftstation für unseren Nachbarort Treptow ist von der Gemeindeverwaltung zwei dort einheimischen Bauunternehmern übertragen worden. Es soll Kraft zu Beleuchtungs- sowie zu gewerblichen Betriebszwecken abgegeben werden. Die neue Anstalt soll nach den für die Bauausführung veranschlagten Fristen in längstens zwei Jahren vollständig betriebsfähig sein.

Die Länge der südlichen Vorort-Ringbahn wird 21 Kilometer betragen für den in sich geschlossenen Ring Rollkrug—Britz—Tempelhof—Schöneberg—Halensee—Rollkrug. Durch Angliederung der projektirten Nebenlinien wird sich die Gesammtlänge des Bahnnetzes auf 82 Kilometer stellen. Wenn den Arbeiten sich keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten entgegenstellen, hofft man den Ring schon im nächsten Sommer im Betriebe zu haben; die Anschlußlinien würden alsdann so schleunig wie möglich fertiggestellt werden.

Die Leiche des Klempnermeisters Irsengarth, über dessen Tod durch Ertrinken wir am Dienstag berichteten, ist am Mittwoch Abend gegenüber dem Restaurant Havelschlößchen gelandet worden. Ein Schleppdampfer hatte den Körper erfaßt und in die Höhe getrieben, ihm dabei auch noch eine tiefe Kopfwunde beigebracht.

In Angelegenheit der Spandauer Mordaffäre wurde mehrfach mitgetheilt, daß eine Frau Heinrich und Fräulein Schmidt am Vormittage des Tages, an welchem die Kleine Bahrendorf entführt, das Mädchen in einem Boote mit zwei Männern zusammen gesehen haben wollen. Dies ist jedoch, wie festgestellt, unmöglich, und jedenfalls dürften die beiden Damen ein anderes Kind mit der B. verwechselt haben. Martha Bahrendorf befand sich am Vormittage des 30. Juni noch in der Schule. Nachmittags gegen halb zwei verließ sie gegen den Willen der Mutter heimlich die elterliche Wohnung und begab sich mit ihren Freundinnen nach der Havel. Wie sicher festgestellt, hat der Entführer die beiden Mädchen erst um 3 Uhr in dem Boote aufgenommen. Der Unbekannte muß dann direkt nach Tegelort gefahren sein, da er zur Zurücklegung der Strecke von Spandau bis zu dem Hille'schen Lokale in Tegelort in einem Ruderboot mindestens anderthalb Stunden gebraucht. Gegen 5 Uhr ist die B. jedoch schon in Tegelort gesehen worden. Es wäre dringend wünschenswerth, daß Personen, welche die Ueberfahrt der Bahrendorf von Tegelort nach Baumwerder, die jedenfalls in der Zeit von 6—½8 Uhr stattgefunden, beobachtet, hiervon der Kriminalpolizei in Spandau oder der Orts-Polizeibehörde Mittheilung zugehen lassen würden.

Zwei „schwere Jungen" sind gestern Nacht in Schöneberg auf frischer That ertappt und dingfest gemacht worden. Als gegen Mitternacht der Wächter Freidank auf seinem Revier-Rundgange in die am Ende des Winterfeldplatzes von der Goltzstraße ausgehende sehr stille Hohenstaufenstraße gelangte, sah er, wie zwei junge Leute die Jalousie an einem in jener Straße befindlichen Laden aufbrachen und im Begriffe waren, die Scheibe einzudrücken, um in den Laden einzusteigen. Er schlich sich vorsichtig zu den Spitzbuben heran, und es gelang ihm, sie in dem Augenblick, als sie ihn bemerkten und Fersengeld geben wollten, beide zu fassen. Er brachte sie nach der Polizeiwache in der Nollendorfstraße. Und hier fand man bei ihnen sämmtliches zu schweren Einbrüchen erforderliches Handwerkszeug nebst der nöthigen Faßzeife zum Eindrücken von Fensterscheiben. Die beiden Spitzbuben wurden am Morgen darauf der Berliner Kriminalpolizei übergeben, die besonders in dem einen von ihnen namens Ostermann einen alten Bekannten vor sich hatte.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Vertrauensmänner von Südost waren am 7. Juli bei Rautenberg, Oranienstr. 180, versammelt. Nachdem der Obmann die Zahl der geladenen Werkstätten, mit welcher von der Kontrollkommission im letzten halben Jahre verhandelt, bekannt gegeben, wurde das Verhalten der Kollegen von Mester, sowie das der Kollegen der Kunsttischlerei von Borrmann, die trotz wiederholter Einladung nicht erschienen, sehr scharf getadelt. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde seitens der Werkstatt-Kontrollkommission bekannt gegeben, daß die Werkstätten, welche dreimal die Vertrauensmänner-Versammlungen versäumen, veröffentlicht werden, auch wurde ersucht, daß die Anwesenden für regeren Vertrieb der Streikmarken sorgen mögen. Ferner wurden, da die nächste Bezirksversammlung ausfällt, zur Ergänzung der Werkstatt-Kontrollkommission Graf, Seiler, Kuhnert, Blume, Nickel, Franz und Hinze gewählt.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordschule, Brunnenstr. 25, ist vom 1. Juli ab bis auf weiteres geschlossen; die noch ausstehenden Bücher sind umgehend Donnerstags abends von ½9 bis ½10 Uhr zurückzuliefern. Mitgliedsbeiträge werden an diesem Tage in der Nordschule entgegengenommen, ebenso in folgenden Badestellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Renk, Barnimstr. 42; Babiel, Rosenthalerstr. 57; Gleinert, Müllerstr. 7a; Paul Rücke, Manteuffelstr. 128; H. Königs, Dieffenbachstr. 30. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Paul Rücke jr., SO., Manteuffelstr. 128, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, S. Dieffenbachstr. 30, zu senden.

Lese- und Diskussionsklub. Freitag. Aufklärung, abends 9 Uhr, Sebastianstr. 72 bei Ferger. — Diesseits, Wiesenstr. 39 bei Fritz Schröder.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnenstraße 150. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 50, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Collegia, Adalbertstr. 21 bei Roll. — Kaiser'scher Männerchor, Schwedterstr. 23/24 bei Wirman. — Nord, Brunnenstr. 150 b. Nd. Neumann. — Unverzagt I, Melchiorstr. 15 bei Stehmann. — Treu und Einigkeit, Rixdorf, Bergstr. 24 bei Wuhler. — Buchbinder-Männerchor, Köpnickerstr. 68 bei Schöning. — Vereinte Sangesbrüder Moabits, Puttlitzstr. 10 bei J. Sparr. — Weltenruf, Rosenthalerstraße 57 bei Babiel. — Maiglöckchen, Lindowerstraße 29 bei Sachs. — Gemüthlichkeit (Putzer), Seydelstr. 20 bei Krüger. — Frohe Hoffnung (West), Pallasstraße Nr. 16 bei A. Foller. — Morgenroth II, Charlottenburg, Bismarckstraße 74 bei Krause. — Typographia, Beuthstraße 29 bei Cohn. — Georgina, Görlitzerstraße 52 bei Vogel. — Freundschaft, Brunnenstr. 150, Schulz's Bierhaus. — Vorwärts III, Friedrichsfelde, Lichtenberger Prinzen-Allee 6. — Rheingold, Weinstr. 11 bei Friedt. — Rosenthaler Vorstadt, Usedomstr. 23 bei Oldöter. — Melodia, Rixdorf, Bergstr. 169 bei Thomas. — Iris, Naunynstraße 36 bei Streit. — Brandenburger Männer-Gesangverein, Brandenburg a. H., Bergstr. 6, Mengert's Volksgarten. — Liberté, Wrangelstr. 34 bei Redang. — Brüderschaft (Hausdiener), Alte Jakobstr. 84/85 bei E. Lamprecht. — Freie Liedertafel, Straußberger-straße 8 bei Wwe. Röll. — Nordwacht, Chausseestraße 72 bei Meißner. — Freie Sänger II, Schmargendorf, Warnemündestraße, „Wirthshaus Schmargendorf". — Sängerkreis (Neu-Weißensee), Langhansstr. 38 bei Neudenberger. — Sorgenfrei, Admiralstraße 16c bei Möhring. — Weiße Rose III, Rixdorf, Karlsgarten- u. Mikmannstraßen-Ecke b. Bode. — Bieder'scher Männerchor, Brunnenstraße Nr. 198 bei Gründel. — Geselligkeit, Hennigsdorf, Böhmert's Gasthaus. — Eintracht III, Eberswalde, Eisenbahnstraße 64 bei Hagewald. — Syrene, Rosenthalerstr. 57 bei Babiel. — Völkerfrühling (Stuckateure), Oranienstr. 169 bei Greiser. — Neue Zeit, Rammlerstr. 26 (Ecke Swinemünderstr.) bei Schmidt. — Liederkranz, Brandenburg a. H., Bergstr. 6 (Mengert's Volksgarten). — Freiheitsglocken, Wortherstr. 39 bei Buchholz. — Klingmüller'scher Männerchor, Weißenseer, Friedrichstr. 41 bei Leuchtenberger. — Treber'scher Gesangverein, Weidenweg 22 bei Fialkowsky. — Echo III, Zehlendorf, Machnowerstraße 5 bei Dohrmann.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 80, 2 Hof. **Freitag.** Südost, Wienerstr. 63 bei Felske. — Blaue Wolke, Weddingstraße 9 bei Ignatius.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften sind zu senden an P. Gent, Dresdenerstr. 107/108. **Freitag:** Musikverein Hoffnung-Ost, Große Frankfurterstraße 193 bei Gold. — Lotterie-Klub Fortuna, Görlitzerstraße 30 bei Siewert. — Gesellige Vereinigung „Liegnitzer Schweiz", Reichenbergerstr. 83 bei Fink. — Skatklub Einigkeit, Wollankstr. 46 bei Zygowski. — Verein für Volksthümliche Kunst, Blumenstr. 32 bei Reich. — Verein der Tanzmeister Annenstr. 18.

Gesang-, Turn- und geselige Vereine. Freitag. Athletenverein Felsenfest, Kreuzstr. 6 bei Böttcher. — Tanzlehrerverein Solidarität, Auguststr. 16. — Musikverein Tusch, Uebungsstunde jeden Freitag, Vereinssitzung jeden Dienstag nach dem 1. Langestr. 108 bei Nebelin. — Karthaus'scher Gesangverein, Landsberger Allee 154 bei Göbel. — Rauchklub Ohne Zwang, Weinstr. 28 bei Spät. — Turnverein Gesundbrunnen. Abends von 8½—10½ Uhr: 1. Männerabtheilung Pankstr. 8—10. — Turnverein Osten, Kraustraße 49, von 8—9½ Uhr: Damenabtheilung.

Arbeiter-Turnerbund. Freitag: Turnverein Fichte, Berlin. Abends von 8—10 Uhr: 2. Männer-Abtheilung Stallschreiberstraße 55—56. 4. Männerabtheilung Stephanstraße 3. 5. Männerabtheilung Ackerstraße 67. 6. Männerabtheilung Stallschreiberstraße 54. 1. Lehrlingsabtheilung Friedenstraße 27. 3. Lehrlingsabtheilung Boeckhstraße 21. 1. Damenabtheilung Mariannenufer 16. — Arbeiter-Turnverein (Adlershof) von 8½—10½ Uhr abends in Köpenick, Rudowerstr. bei Scheer. — Freie Turnerschaft, Rixdorf-Britz. 1. Lehrlings-Abth. von 8½—10½ Uhr Rixdorf, Knesebeckstr. bei Witersing. — Männer-Turnverein Eiche, Köpenick. Uebungsstunden abends 8—10 Uhr in Klein's Hotel, Wilhelmsplatz.

Arbeiter-Stenographenverein „Stolze", Lindenstr. 306 im Restaurant Fritz Zubert. Uebungsstunde 8—11 Uhr abends. Unterrichtsstunde jederzeit. Gäste erwünscht.

Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Hoppe, Ackerstr. 175: Mitglieder-Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, E. H. zu Hamburg, Filiale 6. Sonnabend, 17. Juli, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung Ackerstr. 123 bei Dicke.

Eingelaufene Druckschriften.

„Soziale Praxis, Centralblatt für Sozialpolitik", enthält u. a. in ihrer neuesten Nr. 42 folgenden leitenden Aufsatz: Rechtshülfe für Arbeiter. Von Stadtrath H. v. Frankenberg. — Vermögenszensus in einem Londoner Asyl für Obdachlose. — Umfang und Zunahme der todten Hand. — Bekämpfung sozialer Bestrebungen in Deutschland. — Freie Plätze und Bewohnungs-Tüchtigkeit in Berlin, Breslau, Dresden, Leipzig, München. — Städtische Brotbäckerei in Leipzig. — Erträge kommunaler Straßenbahnen in England. — Vergebung kommunaler Arbeiten an Einheimische. Verhandlungen der Zimmergesellen in Breslau. — Mecklenburgischer Landes-Schulzenverein. — Berufsorganisation hessischer Land-Bürgermeister. — Schwarze Listen in der württembergischen Metallindustrie. — Der Arbeiterschutz nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Von Amtsgerichtsrath H. Jahrow. — Bekämpfung verschämter Armut in Viktoria. — Sonntagsruhe im österreichischen Tabakverschleiß. — Enquete über Arbeiter-Altersversorgung durch Unternehmer in Frankreich. — Krankenhaus der Invaliden-Versicherungsanstalt Schlesien.

Briefkasten der Redaktion.

Burgsdorfstraße Nr. 5. Wir haben Ihrem Wunsche entsprechend nach K. geschrieben.

Günzberg. Ist uns nicht bekannt.

Witterungsübersicht vom 15. Juli 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresspi.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 4° R.)
Swinemünde .	755	NW	1	wolkig	16
Hamburg . .	756	NW	3	bedeckt	17
Berlin . . .	756	WNW	1	bedeckt	16
Wiesbaden . .	759	NO	1	wolkenlos	16
München . .	759	O	1	heiter	17
Wien	757	Still	—	wolkenlos	16
Haparanda . .	766	Still	—	heiter	24
Petersburg . .	—	—	—	—	—
Cork	761	OSO	5	heiter	18
Aberdeen . . .	763	NW	4	heiter	18
Paris	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. Juli 1897.

Zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe und regnerisch bei schwachen nordwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 16. Juli.

Neues kgl. Opernthea ter (Kroll). Undine. 7½ Uhr.
Lessing. Die Geisha.
Westen. Die weiße Dame. ½8 Uhr.
Neues. Der Stellvertreter. ½8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient. 8 Uhr.
Ostend. Unsere Reichspost. 8 Uhr.
Belle-Alliance. Spezialitäten. Anfang 6 Uhr.
Apollo. Venus auf Erden. 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verkäuflicher Werth. Hierauf: Eine tolle Prinzeß.
Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Unsere Reichspost.
Anfang 8 Uhr. — Im Garten: Spezialitäten ersten Ranges. U. a.: **Hugo Schulz.** Lebende Photographien: Endlich allein, Ringkampf, In der Badezelle 2c. Anfang 4 Uhr.
Sonnabend: **Gr. Sommernachtsfest.**

Apollo-Theater
und Konzert-Garten.

Dir. **J. Glück.**
Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Burlesk-phantastische Operette mit Tanz in 1 Akt.
Otto Reutter. • Kinetograph.
Ferner:
10 hervorragende Spezialitäten. 10
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Konzert 7 Uhr. Vorstellung 8 Uhr.

Konzerthaus Sanssouci,

Kottbuserstr. 4a. Inh. **H. Pierry.**
Der Garten ist täglich bis auf den letzten Platz ausverkauft.
Freitag:
Hermann und Dorothea.
Sonnabend (Vereins-Vorstellung):
Madame Sans-Gêne.
Sonntag (Extra-Programm):
Neu! **Die Doppelbelagerung.** Neu!
Auf. Wochent. 8 Uhr. **Entree 30 Pf.**
„ Sonntag 5 Uhr.
Passe-partouts haben nur an Wochentagen Gültigkeit.

Viktoria-Brauerei

(Garten resp. Saal)
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Goldene Hochzeit.
Ensemble von Meysel.
Ein vergnügter Wahltag.
Ensemble von Meysel.
Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 M. (für 3 Personen) nur in den Vorverkaufsstellen. (Siehe Plakate.)

Passage-Panoptieum.

30 Kinder der Wüste.
Beduinen, Derwische, Schlangenbeschwörer, Bauchtänzerinnen etc.
Vorstellung
12, 5, 7, 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Neu! Neu! Neu! Neu!
Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Menschen.
und hochkomisch!

Actien-Brauerei Friedrichshain.

Heute Freitag:
Gr. Militär-Frei-Konzert.
Programm unentgeltlich.

Puhlmann's Vaudeville-Theater

Schönhauser Allee 148.
Kastanien-Allee 97—99.
Täglich:
Im Reiche der Sirenen.
Große Ausstattungsburleske mit Gesang und Tanz.
Miß Clara, Trapezkünstlerin. **Little Trudy Brygardy,** das Wunderkind. **Wally Smolm,** excentr. Chansonette. **Barbarina's Ballet.** Clown **Sarassani,** m. s. dress. Thieren. **Harry u. William Latourre.** Piccolo-Theater. **William,** Handantipode.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Der Gelegenheitsdichter.
Posse m. Gesang in 1 Akt von Jonas.
Großer Beifall! Großer Beifall!
Letzte Woche:
Berliner Wäschermädel.
Burleske mit Gesang und Tanz von W. Gericke.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:
Grosser Ball.

Rixdorf. Ed. Wiersing's

Restaurant. Garten und Ball-Salon.
Kuesebeckstr. 77. Hermannstr. 87.
Jeden Sonntag im Garten:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
bei freiem Entree. 1912*
Im Saale v. 4 Uhr ab: **Gr. Ball.** **Kaffeeküche.** 2 Kegelbahnen.
Meine Lokalitäten stehen zu Versammlungen, Hochzeiten und Leichenzügen zur Verfügung. **Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.**

Sophastoffe

auch **Reste**
in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch** spottbillig! 16359*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Schweizer Garten.

Am Königsthor. Haltestelle d. Pferdebahn. **Am Friedrichshain.**
Täglich: Theater und Spezialitäten.
Little Parkins u. **Miss Lizzi,** Transformationskünstler. **Theod. Lippardt,** Tanzhumorist. **Geschw. Tilly,** Gesangs- und Tanzduettisten. **Emmy Dahl,** Liedersängerin. **The two Buffalos,** Radfahrer-Humoristen. **John & Paolo,** Excentrics-Pantomimisten. **Carla Walton,** Kostümsoubrette 2c.
Volksbelustigungen aller Art. | **Im Saale: Ball.**
Entree 30 Pfg.
Jeden Mittwoch: Kinder-Freudenfest.
Es ist nur noch ein Sonnabend im August für Vereine frei.

Ostbahn-Park

Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Ausstattungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntags **20** Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Mittwoch: Kinder-Fest.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau

Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 30 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2—7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8¼ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße Nr. 20:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 17. Juli,
im Saale des Herrn **Helfer,** Oranienstr. 51:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Stellungnahme zur Einführung des Organs der lokalorganisirten Gewerkschaften. 3. Verschiedenes.
Die Werkstatt-Delegirten sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
142/20 **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Bauanschläger

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 18. Juli 1897, vormittags 10½ Uhr:
General-Versammlung
bei Buske, Grenadierstraße 33.
Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Antrag des Kollegen Böhm. 3. Bericht der Kommission zur Regelung des Arbeitsnachweises. 4. Verschiedenes und Fragekasten.
Die Mitglieder werden auf § 9 aufmerksam gemacht.
34/1 **Der Vorstand.**

Zimmerer.

Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands
(Zahlstelle Berlin).
Tagesordnung: 1. **Unsere Lohnbewegung in diesem Jahre.** 2. Diskussion. 3. Berathung über den in der letzten Versammlung angenommenen Antrag.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend nothwendig.
254/15 J. A.: **L. Fischer,** Marburgerstraße 7.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 21—22:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von 2. Quartal 1897. 2. Führen wir das Organ „Die Einigkeit" obligatorisch ein? 3. Vereinsangelegenheiten.
Kameraden, da es sich um die Einführung eines Organs und damit event. um Erhöhung des Beitrages handelt, so ist es unbedingt nöthig, daß die Mitglieder pünktlich und zahlreich erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimirt. 257/20 **Der Vorstand.**

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. (Zahlstelle Schöneberg.)
Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 1½ Uhr, im Lokale des Herrn Obst, Grunewaldstraße 110:
Mitglieder-Versammlung.
Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
29/9 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Sattler u. Tapezirer.

Sonnabend, den 17. Juli, abends 9 Uhr,
im Englischen Garten, Alexander-Strasse No. 27c:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Ingenieur Genossen **Grempe** über: „Das Riesenfernrohr in Treptow." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste sind stets willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Maler!

Montag, den 19. Juli, abends ½9 Uhr, in Gründel's Lokal, Brunnenstr. 188:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: **Die gegenwärtige Lage in unserem Gewerbe und was gedenken wir zu thun?** [126/4
Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller überzeugten Kollegen. **Der Vertrauensmann: M. Mack.**

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnißverein für Bau- u. gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins.

Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
im Lokale Langestraße Nr. 65.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1897. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
30/3 **Der Vorstand.**

Achtung! Töpfer! Achtung!

Durch Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung vom 6. d. M. ist der Streit innerhalb unserer Organisation endgiltig beseitigt. Diejenigen Kollegen Berlins, die sich dem Zentral-Verbande bis zum 15. August anschließen, haben ein Einschreibegeld nicht zu entrichten. Der Unterzeichnete erwartet, daß jeder Kollege die Beschlüsse der letzten öffentlichen Versammlung respektirt. Die Mitglieder unserer Organisation werden daher gleichzeitig ersucht, sich an der freiwilligen Sammlung (Streikfonds) zu betheiligen.
Mitgliederaufnahme findet jeden Abend von 7 bis 9 Uhr, Sonnabends von 6 Uhr an, Sonntags von 10 bis 12 Uhr im Lokale des Herrn **Schiller** (früher Babiel), Rosenthalerstr. 57, statt.
Der Filial-Vorstand.
195/17 J. A.: **G. Thiele,** Tilsiterstraße 80.

30406] **Seifen-Geschäft** mit Färberei-Annahme ist sofort preiswerth zu verkaufen, Großbeerenstr. 28d.

Kleiner Dampfer. 30 Pers., pro Tag 25 M., ist jed. Tag z. Wasserfahrt z. verg. bei **Saar,** Bootsb., Treptow.

VI. Wahlkreis!

Achtung! Achtung!
Sonnabend, den 17. Juli 1897
im Etablissement „Norddeutsche Brauerei"
Chausseestrasse 58
Gr. Sommer-Fest
der sozialdemokratischen Parteigenossen vom Wedding und Oranienburger Vorstadt
bestehend in
Vokal- u. Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangvereine
Weddinger Harmonie, Sangeslust II u. Nordwacht.
Grossartige Illumination des Gartens.
Fackelpolonaise, Kinderbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung. [220/8
Im Saale: **Tanz.**
Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Billets 20 Pf. Anfang 5 Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

Oertliche Verwaltung Berlin **F.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle Strausinderstr. 31 bei Pöhle nach der **Voltastr. 43,** Ecke der Strelitzerstraße, bei **Wilhelm Lorenz,** verlegt ist.
183/9 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken-, Sterbe- und Zuschußkasse d. Schneider

Berlins.
Sonntag, 18. Juli, abends 8½ Uhr, bei Protz, Annenstr. 9:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
166/13 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Möbelpolirer **Gustav Uhlemann,** nach langem, schwerem Leiden am 14. d. M. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von Alt Moabit 16 statt. 31176
Seine tiefbetrübten Kinder.

Am Mittwoch früh 8¼ Uhr entschlief sanft nach längeren Leiden im 47. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder u. Schwager **August Zimmermann,** Handelsmann.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Biesenthalerstr. 8, aus statt. 31206

Eine **sehr leistungsfähige Fabrik** von
Konsum-Artikeln,
welche in **jeder Familie täglich** verbraucht werden, beabsichtigt **überall Detail-Geschäfte** zu errichten. Zur **selbständigen Führung** werden gegen angemessenen Verdienst **Personen gesucht,** welche in geordneten Verhältnissen leben, keine große Familie besitzen, fleißig sind, und deren Ehefrauen sich besonders für Sauberkeit interessiren. Ausgedehnte Bekanntschaft in Arbeiterkreisen ist auch nothwendig. Ausführliche Offerten unter **J. F. 9836** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** erbeten.

Sophastoff-Reste

zu Bezügen ausreichend, in **Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette** und **Plüsch,** sowie **Satteltaschen** spottbillig.
J. Adler,
16329* **Teppich-Haus.**
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Illustrirte Preislisten gratis u. franko.

Dr. Simmel

Moritzplatz, t. Hausv. Aschinger (früher Prinzenstr. 91)
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—2, 2—4.

Zahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an, Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocaïn, Chloräthyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M.
Guckel, Lausitzer Platz 2, Elsasserstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Zeugen, die den Vorgang am Steglitzer Bahnhof mit meiner Ehefrau angesehen haben, bitte ich, sich zu melden: Scharnhorststr. 13, vorn Keller, Eingang Hof rechts, bei **Boß.**

Niemand sollte versäumen

bei Bedarf **Brunnenstr. 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) von **Ignatz Sello** zu beziehen: Frisch. **Maltrank,** ½ Fl. inkl. **50 Pf.; alten Nordhäuser** per Liter **50 Pf.,** hochfeinen **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (¼ Ltr.) à **80 Pf., Halb und Halb,** feinste Likörmischung, per ⅟₁ Champagner-Flasche inkl. **90 Pf., Ingwer-, Pfeffermünz-** 2c. ff. **Liköre** ½ Literfl. inkl. **1.10 M.,** ½ Literfl. inkl. **55 Pf., Himbeer- und Kirschsaft,** rein und dick eingekocht, per Liter **1.10 M., süssen Ungarwein,** Orig.-Fl. (⅟₁ Liter) von 90 Pf. an, sowie sämmtl. **Weine, Cognac, Rum etc.** Spirituosen im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brunnenstr. No. 110** zu achten. [17159*

Dr. Derrnehl's

Eisenpulver. 103/3*
Ganz vorzügliches Eisenpräparat seit 30 Jahren bekannt und überall bewährt. Schachtel 1,50; Restliche 3 Sch. 4,25. **Kein Geheimmittel.** Analyse beigepackt. Hauptniederlage: **Apotheke zum weißen Schwan,** Berlin, Spandauerstr. 77, echt m. Schutzmarke

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Putzger, Steglitzerstr. 65.**

Charlottenburg. Getragene Stiefel sind billig zu haben Spreestr. 24.

Mbl. Schlafst. z. v. Lausitzerstr. 40, v. II. l.

Arbeitsmarkt.

Laborant
nach außerhalb, 24 M. Lohn, verlangt. Näheres **H. Koch,** Konfitürenfabrik. Spandauer Brücke 11. [31188

Geschickter Thüren- und Fenster-Anschläger gesucht. Offerten sub **W. 1** an die Expedition dieser Zeitung.

Tücht. Schraubendreher und Mädchen
zum Montiren verlangt. Offerten sub **X. 1.** an die Expedition d. „Vorw.".

Tüchtige Schlosser
a. Geldschrankbau bei hohem, dauerndem Verdienst gesucht. **S. J. Arnheim,** 21869* Badstr. 40/41.

Tüchtige Mamsells a. Paquets außer dem Hause verlangt **Lobstein,** Gerichtstr. 18. Arb. 1,85—2 M. [31109

Arbeiterinnen auf Damenhemden verlangt **Hiersemann,** Prinzen-Allee 62/63. 31215

Deutsch-Amerikanische Schuh-Fabrik

Direkte Verkaufsstellen ohne Zwischenhandel

Oranienstr. 162.
(zwischen Oranien- und Moritz-Platz.)
Rosenthalerstr. 67.
(zw. Augusts trasse u. Rosenthaler Thor.)
Friedrichstr. 131.
(zw. Karlstrasse u. Oranienburger Thor.)

Preise billig und fest, auf jeder Sohle deutlich gestempelt.
Vorzeiger des Inserats erhalten 3 pCt. Rabatt.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Seerbeck in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.